

DAS GRUNDGESETZ

*Ein literarischer
Kommentar*

UNKORRIGIERTE LESEPROBE

Pressesperrfrist für Rezensionen:

25. August 2022

Die Veröffentlichung einer Rezension vor Ablauf
der Sperrfrist ist nur mit vorheriger schriftlicher
Genehmigung des Verlags C.H.Beck erlaubt.

DAS GRUNDGESETZ.

*Ein literarischer
Kommentar*

Herausgegeben von Georg M. Oswald

C.H.Beck

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2022

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Satz: Janß GmbH, Pfungstadt

Druck und Bindung: Beltz GmbH, Bad Langensalza

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 79032 4

Werbemittel-Nr. 258228



klimaneutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Das Grundgesetz für alle

Das Grundgesetz ist gerade in Krisenzeiten die Grundlage jedes gesellschaftspolitischen Diskurses in Deutschland. Höchste Zeit also für einen Kommentar, der die Verfassung für unsere Zeit neu erklärt, anhand von Erzählungen und Erfahrungen, juristisch abwägend und gerne auch schräg von außen blickend. Das Ergebnis ist ein «Grundgesetz-Kommentar für alle» voller überraschender Einblicke, treffender Geschichten und funkelnder Essays.

«Die Würde des Menschen ist unantastbar.» – «Die Freiheit der Person ist unverletzlich.»— Wegen ihrer klaren, geradezu literarischen Eleganz sind viele Bestimmungen des Grundgesetzes zu einer Art Minimalkonsens avanciert. Wer wollte auch widersprechen? Und doch ist das Grundgesetz umstritten. Die einen setzen einzelne Sätze absolut, während andere von komplizierten Abwägungen und notwendigen Einschränkungen reden. Diese Debatte darf keineswegs allein den Juristen vorbehalten bleiben, sie muss von uns allen geführt werden. Denjenigen, die literarisch schreiben, kommt dabei eine besondere Rolle zu. Darum kommentieren in diesem Buch rund 40 Schriftsteller, Journalisten und Juristen die Präambel, die Grundrechte, wichtige Artikel zu Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz oder Schuldenbremse sowie die großen verfassungsrechtlichen Abschnitte zum Föderalismus, zur Rechtsprechung oder zum Amt des Bundespräsidenten. Die Perspektiven sind dabei so unterschiedlich wie die Autoren, aber alle sprechen ganz voraussetzungslos zu allen Interessierten. Für sie ist dieser Kommentar.



© Peter-Andres Hassiepen

Der Herausgeber

Georg M. Oswald, geboren 1963 in München, ist Schriftsteller und Jurist. Recht und Gerechtigkeit sind zentrale Themen seiner Romane, so etwa in «Lichtenbergs Fall» (1997) und «Vom Geist der Gesetze» (2007). Sein Roman «Alles, was zählt» (2000) wurde mit dem International Prize ausgezeichnet und in zehn Sprachen übersetzt. Zusammen mit Juli Zeh hielt er 2010 die Tübinger Poetikdozentur. Der Roman «Unter Feinden» (2012) wurde von Lars Becker als Reihe für das ZDF verfilmt. Zuletzt erschienen das Sachbuch «Unsere Grundrechte» (2018) und die Romane «Alle, die du liebst» (2017) und «Vorleben» (2020).

«Hier spricht, solange wir über demokratische Verhältnisse reden, die diese Bezeichnung auch tatsächlich verdienen, niemand für sich allein.»

Susanne Baer zur Präambel

«Kann es sein, dass sich der Verlust der Würde anders meldet als der Verlust der Freiheit? Unbewusster und daher später – zwar unbegreiflicher, aber umso stärker. Als unsichtbares Gepäck.»

Herta Müller zu Artikel 1

«Ich würde also so weit gehen zu sagen, dass das gute alte Briefgeheimnis in der digitalen Welt längst weitgehend außer Kraft gesetzt ist.»

Eva Menasse zu Artikel 10

«Dass es für Citoyen keine deutsche Übersetzung gibt, wusste schon Hegel. Mittlerweile gibt es zwar den Staatsbürger, aber bezeichnenderweise immer nur «in Uniform» oder am Wahltag, wenn es um die «erste Bürgerpflicht» – zu wählen – geht.»

Tristan Wißgott zu Artikel 2

«Die Zahl der Menschenschweine übertrifft die Zahl der Tierschweine.»

Feridun Zaimoglu zu Artikel 3

«Die empfundene Selbstverständlichkeit der Verfassung beruht auch darauf, daß der wichtigste Teil ihrer Bestimmungen ... alt und sogar sehr alt ist, das heißt, daß diese Bestimmungen lange vor Gründung der Demokratie schon als Rechte betrachtet wurden.»

Martin Mosebach zu Artikel 4

«Die Freiheit der Kunst: Das sind so schöne Worte ...
Vielleicht klingen sie schöner für mich als für all jene,
die das Gegenteil kennen: die Unfreiheit.»

Lena Gorelik zu Artikel 5

«Eins nach dem anderen. Eins nach dem anderen.
Den Kindern geht es so weit gut? Den Kindern geht es gut.»

Terézia Mora zu Artikel 6

«Könnte es sein, dass das Gesetz
zu groß ist für den Menschen?»

Michael Krüger zu Artikel 8

«Artikel 12 ist kein Garant ...
Das Fundament, die Teilhabe an Bildung und Ausbildung,
muss die Gesellschaft legen. Sonst bleibt der Traum ein Hirngespinnst.»

Julia Franck zu Artikel 12

«In jedem Fall besteht diese ‹Dienstverpflichtung›,
wenn der sogenannte ‹Verteidigungsfall› eintritt,
sowohl für Männer als auch für Frauen – ob sie wollen oder nicht.»

Grit Poppe zu 12a

«Glücklich, wer sich als Künstler
seine Zwangsthemen wählen kann! –
und keine Geisel einer einzigen Geschichtsdarstellung ist.»

Dana Grigorcea zu Artikel 16a

«Obwohl in keinem Rechtstext so deutlich gesagt,
ist der programmatische Wille zur Gestaltung der Welt
ein Wesensmerkmal moderner Parteien.»

Udo Di Fabio zu Artikel 21

«Nach all den Herren ist es gewiss höchste Zeit
für eine Dame, die mit ihrem Gatten,
dem First Man, oder ihrer Lebensgefährtin, der Second Lady,
oder auch solo, wenn sie mag, zum Bürgerfest einlädt. ...
Glückauf, Republik!»

Hans Pleschinski zu Abschnitt V

«Angeblich macht die Macht ja süchtig,
und es fällt schwer, sie wieder aus den Händen
zu geben, als sei sie eine Tüte Chips.»

Jochen Schmidt zu Abschnitt VI

«Gesucht wird ein richterlicher «Herkules» ...
Dieser verkörpert auch die dritte regulative Idee.
Danach dient der Richter nicht allein dem Recht,
sondern immer auch der Gerechtigkeit.»

Andreas Voßkuhle zu Abschnitt IX

«Feindbilder macht man sich nicht nur,
es gibt tatsächlich auch Feinde.»

Karl-Heinz Ott zu Abschnitt Xa

«Es wird Zeit, den Rohstoff Bildung
nicht nur punktuell mit der Spitzhacke abzubauen,
sondern auf intelligente Weise mit diesem
kostbarsten aller Materialien zu verfahren.
Der Slogan «Leave no one behind» – Lasst niemanden zurück –
sollte endlich als Verpflichtung begriffen werden.»

Anna Katharina Hahn zu Artikel 7

«Freizügigkeit ist ein herrliches Wort.
Wer ist nicht gern frei? ...
Wo wiederum das Wörtlein zügig ins Spiel kommt,
denkt man allerdings nicht nur an Gutes.»

Sibylle Lewitscharoff zu Artikel 11

«Gesetzestexte ... sind aus Worten gemacht
wie alle Texte, also Schall und Rauch,
und doch ist ihr Zugriff auf die Wirklichkeit handgreiflich:
Der Buchstabe des Gesetzes kann die Schlinge sein,
mit der ein Sheriff mich festsetzt.»
Ijoma Mangold zu Artikel 14 und 15

«Heute ist es so: Die einen müssen dafür pauken,
in die Gemeinschaft der deutschen Passinhaber
aufgenommen zu werden ... Die anderen bekommen
den Pass automatisch durch den Zufall ihrer Geburt geschenkt.»
Ronen Steinke zu Artikel 16

«Glauben Sie mir, ich hatte niemals vor,
eine Petition zu starten. Wieso musste ich es
im März 2021 doch tun?»
Friedemann Karig zu Artikel 17

«Sind wir bereit, ein Weltbild aufzugeben,
in dem allein wir Menschen Wert besitzen
und vermeintlich alles unserem Fortkommen
zu dienen hat, und wollen wir entsprechend leben?»
Hilal Sezgin zu Artikel 20a

«Eigentlich sollte er jetzt die Amerikaner,
wie es ihm der Ministerialdirigent aufgetragen hatte,
zu einem Lunch in die Bundestagskantine führen,
aber er blieb einfach sitzen.»
Jonas Lüscher zu Artikel 109

«Die Verfassungsfragen, die sich damals
beim Aushandeln des Einigungsvertrags stellten,
betrafen eindeutig eher die Verfassung,
in der sich die DDR wirtschaftlich befand,
und die ließ offensichtlich wenig Verhandlungsspielräume.»
Peter Richter zu Artikel 146

Inhalt

* *Georg M. Oswald*: Ein großes Versprechen

Präambel

Susanne Baer: Über gute Vorsätze 000

* Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

Herta Müller: Unsichtbares Gepäck 000

Artikel 2 – Freie Entfaltung der Persönlichkeit

Tristan Wißgott: Wir Bürger 000

Artikel 3 Absatz 1 – Gleichheit vor dem Gesetz

Thomas Lehr: Vor dem Gesetz und dahinter 000

Artikel 3 Absatz 2 – Geschlechtergleichstellungsgrundsatz

Patrick Bahners: Nicht am Schreibtisch rütteln 000

* Artikel 3 Absatz 3 – Diskriminierungsverbot

Feridun Zaimoglu: Gefährliche Zeiten 000

Artikel 4 – Glaubensfreiheit

Martin Mosebach: Eine uralte Institution in der
Nachkriegsdemokratie 000

Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 – Meinungsfreiheit

Max Czollek und Lucy Wagner: Zivilcourage 000

Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 – Pressefreiheit

Andrian Kreye: Neues Dilemma 000

* In dieser Leseprobe enthalten.

Artikel 5 Absatz 3 Satz 1 – Kunstfreiheit

Lena Gorelik: Ein formloses Flöckchen ohne Ziel 000

Artikel 5 Absatz 3 – Wissenschaftsfreiheit

Ulrich Woelk: Wenn vier gleich fünf sind 000

Artikel 6 – Ehe und Familie

Terezia Mora: Innerhalb und außerhalb der Ordnung 000

Artikel 7 – Schulwesen

Anna Katharina Hahn: Utopie und uneingelöste Versprechen 000

Artikel 8 – Versammlungsfreiheit

Michael Krüger: Nachts kann man das Gesetz stöhnen hören 000

Artikel 9 – Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit

*Wolfgang Matz: Von Webern, Schlachthöfen und
Küchenstudios* 000

*** Artikel 10 – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis**

Eva Menasse: Dissidenten der Digitalmoderne 000

*** Artikel 11 – Freizügigkeit**

Sibylle Lewitscharoff: Ein alter Traum 000

*** Artikel 12 – Berufsfreiheit**

*Julia Franck: Ein weiter Horizont, trotz Schatten der
Vergangenheit und Gegenwart* 000

Artikel 12a – Wehrdienst, Ersatzdienst u. a.

Grit Poppe: Vom Dienen und Sichverweigern 000

Artikel 13 – Unverletzlichkeit der Wohnung

Annette Pehnt: Die Verletzlichkeit der Wohnung:
Abends poltert es an der Tür. Acht Anmerkungen 000

Artikel 14, 15 – Eigentumsгарantie und Gemeinwirtschaft

Ijoma Mangold: Keine vorauseilende Schlichtung 000

Artikel 16 – Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung

Ronen Steinke: Über deutsche Staatsangehörigkeit 000

Artikel 16a – Asylrecht

Dana Grigorcea: Dem Pfeil hinterher 000

Artikel 17 – Petitionsrecht

Friedemann Karig: Vom Logenplatz in die Arena 000

Artikel 17a, 18, 19 – Grundrechtseinschränkungen

Angelika Nußberger: Ohne Zauberformel 000

Artikel 20 – Verfassungsrechtliche Grundprinzipien, Widerstand

Sophie Schönberger: Der Preis der Demokratie 000

Artikel 20a – Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und Tierschutz

Hilal Sezgin: Das Glas ist feucht 000

Artikel 21 – Politische Parteien

Udo Di Fabio: Brücken zur Politik 000

Artikel 22 – Hauptstadt und Bundesflagge

Lars Brandt: Wo liegt Berlin? 000

Artikel 23 – Europäische Union	
<i>Florian Meinel: Verzagte Mitte</i>	000
Abschnitte II, III, IV, VII – Bund und Länder	
<i>Benjamin Labusen: Fundstücke zum deutschen Föderalismus</i>	000
* Abschnitt V – Der Bundespräsident	
<i>Hans Pleschinski: Von der Villa ins Schloss</i>	000
Abschnitt VI – Die Bundesregierung	
<i>Jochen Schmidt: Man schreibt Geschichte</i>	000
* Artikel 88 – Bundesbank	
<i>Philipp Felsch: Mythos und Trauma</i>	000
Abschnitt IX – Die Rechtsprechung	
<i>Andreas Voßkuhle: Regulative Ideen und Rechtsalltag</i>	000
Artikel 109 Absatz 3 – Schuldenbremse	
<i>Jonas Lüscher: Reichstags-BluesTM – 29. Mai 2009</i>	000
Abschnitt Xa – Verteidigungsfall	
<i>Karl-Heinz Ott: Krieg und Frieden</i>	000
* Artikel 146 – Geltungsdauer des Grundgesetzes	
<i>Peter Richter: 23 > 146 oder: Krause verhandelt für uns einen Einigungsvertrag</i>	
Die Autorinnen und Autoren	000

Georg M. Oswald

Ein großes Versprechen

Nichtjuristen

Wenige Wochen nach Beginn meines Jurastudiums stieß ich zum ersten Mal auf eine Lebensform, die mir bis dahin unbekannt gewesen war: die Nichtjuristen.

«Nichtjuristen glauben gerne», «irrig vermuten Nichtjuristen», «dies führt Nichtjuristen dazu, anzunehmen» lauteten oft gebrauchte Formulierungen. Die Angehörigen dieser Spezies schienen ein schweres Los zu tragen. Die eigentlichen Zusammenhänge des Lebens blieben ihnen fremd. Es wurde bestimmt von Gesetzen, deren Existenz ihnen zwar bekannt war, deren Inhalt ihnen aber unlösbare Rätsel aufgab. Blindlings taperten sie durch die Welt, und die Gefahren, die ihnen drohten, ahnten sie noch nicht einmal. Das Äußerste, was ihnen gelingen konnte, war eine «Parallelwertung in der Laiensphäre», die sie hin und wieder, wenn auch selten und auf krummen Wegen, an ein Etappenziel führte. Fiel aber erst einmal das Auge des Gesetzes auf sie, waren sie unweigerlich verloren, es sei denn, diejenigen, die geschaffen waren, ihnen zu helfen, nahmen sie an die Hand: die Juristen.

Mich hat immer erstaunt, mit welcher Geläufigkeit diese Entmündigungsvokabel verwendet wurde und mit welcher selbstverständlicher Demut die so Bezeichneten sie hinnahmen. Sicher gibt es juristisches Fachwissen und laienhafte Irrtümer darüber. Jenseits davon können sich alle leicht auf den Gemeinplatz verständigen, das Gesetz sollte dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Ist es aber für jemanden, der nicht Jura studiert hat, tatsächlich unmöglich, sich ein intelligentes und zutreffendes Bild von unseren Gesetzen zu machen? Gibt es

Georg M. Oswald: Ein großes Versprechen

Juristen, die über unsere Gesetze so schreiben können, dass jemand, der nicht vom Fach ist, sie versteht?

Dieses Buch gibt Antworten auf diese Fragen. Was daran literarisch ist? Zugegeben, der Begriff ist hier weit gefasst. Aber es geht ja auch nicht darum, die Arbeit der Juristen künstlerisch zu veredeln. Es geht darum, sie von einem neu gewählten Standpunkt aus kritisch zu betrachten. Der Essay als literarische Form und der Perspektivwechsel als genuin literarisches Verfahren erschienen uns dafür geeignet.

Selbstverständlich kann und will dieser Kommentar nicht in Konkurrenz zu Fachkommentaren treten. Letztere sind Arbeitsmittel für Juristen, die zu jedem nur denkbaren Problem möglichst umfassend den aktuellen Meinungsstand dokumentieren sollen. Wir hingegen haben uns von den eingeladenen Autorinnen und Autoren das Gegenteil gewünscht, nämlich feuilletonistisch-pointiert heranzugehen. Aber auch das war nur ein Vorschlag. Unsere einzige verbindliche Vorgabe war, subjektiv zu sein, vielleicht sogar persönlich zu werden. Bei der Auswahl der Themen haben wir uns ebenso große Freiheiten herausgenommen. So erschien uns etwa zu jedem Absatz von Artikel 3 GG mit seinen grundlegenden Regelungen zu Gleichheit und Gleichberechtigung ein eigener Beitrag nötig. Bei der Staatsorganisation hingegen haben wir uns erlaubt, ganze Abschnitte des Grundgesetzes einzelnen Autoren anzuvertrauen.

Freiheit

Die jüngste gesellschaftliche Rezeption des Grundgesetzes zeigt, dass wir uns dringend darüber unterhalten müssen, was wir unter den Grundlagen unserer Demokratie eigentlich verstehen. Als Beispiel mag die Karriere dienen, die das Wort «Freiheit» in den vergangenen Jahren gemacht hat. Freiheit ist ein Zentralbegriff unserer Verfassung, die Grundrechte sind im Wesentlichen als Freiheitsrechte formuliert. Seltsamerweise wird derzeit die radikalste Kritik am Staat im Namen

jener Grundrechte formuliert, die ebenjener Staat aufgrund seiner Verfassung garantiert. Das ist nicht so leicht zu verstehen. Daran schließt sich die Frage an, ob die Freiheit, die hier gefordert wird, wirklich, wie Kant versprach, herausführt aus der «selbstverschuldeten Unmündigkeit».

Macht sie die Menschen zu verantwortungsbewussten, umsichtigen, selbstbestimmten und wunderbaren Geschöpfen? Oder doch nur zu monströsen Riesenbabys, deren Anspruchsdenken keine Grenzen kennt, die jede Form von Verantwortung jäh zurückweisen, die Schuld immer bei anderen suchen, sich zu gar nichts verpflichten lassen wollen, dabei aber unentwegt Opferstatus reklamieren?

In einer Gesellschaft, in der nur noch nach Freund und Feind unterschieden wird, nach Täter und Opfer, gelten Kompromisse, Abwägungen, das Aushandeln von fairen Lösungen nicht mehr als Siege der Vernunft, sondern als Niederlagen des einzig Wahren. Die bürgerlichen Freiheiten verleiten zu einem Konkurrenzdenken, das sich aufschaukelt bis dorthin, wo jeder dem anderen nur noch das Schlechteste wünscht. Heute gilt schon als demokratische Tugend, andere Meinungen «auszuhalten». Eine verräterische Vokabel, denn was tolerant erscheinen will, ist in Wahrheit ziemlich borniert. Andere Meinungen «aushalten» muss man nur, wenn man schon von vornherein weiß, dass man sie ablehnen wird. In einer offenen Diskussion muss man nichts aushalten, sondern versuchen, andere Argumente so gut zu verstehen wie die eigenen. Das fällt uns immer schwerer. Der entfesselte verbale Krieg in den sozialen Medien ähnelt, oberflächlich betrachtet, einem hitzig geführten Diskurs. Das ist paradox, denn er repräsentiert wie nichts sonst unsere fehlende Bereitschaft zum Gespräch. Balzacs Beobachtung, am sichersten richte man eine Gesellschaft zugrunde, indem man ihr alle Freiheit lässt, findet sich hier bestätigt.

Außenseiter

«Dieses Buch geht von der Behauptung aus, dass die bürgerliche Aufklärung gescheitert ist.» Mit diesem Satz, so wuchtig wie apodiktisch, eröffnete der Schriftsteller und Jurist Hans Mayer seine Studie über «Außenseiter» im Jahr 1975. Hans Mayer wusste, wovon er sprach. Auf dem Weg zur mündlichen Prüfung für das zweite juristische Staatsexamen musste er befürchten, von den Nationalsozialisten verhaftet zu werden. Hans Mayer war Jude. 1933 bekam er Berufsverbot und emigrierte, zuerst nach Frankreich, dann in die Schweiz. Nach dem Krieg kehrte er nach Deutschland zurück, nahm eine literaturwissenschaftliche Professur in Leipzig an, überwarf sich bald mit den Machthabern der DDR und kehrte 1963 nach einer Reise in die Bundesrepublik nicht mehr zurück. Hans Mayer war homosexuell. Als er «Außenseiter» veröffentlichte, galt in der Bundesrepublik Deutschland der § 175 Strafgesetzbuch noch in der von den Nationalsozialisten 1935 verschärften Fassung. Einen Verstoß gegen die Menschenwürde konnte man bis 1994, als er ersatzlos gestrichen wurde, nicht darin erkennen. Das Thema, das er gewählt hatte, war also auch 1975 für Hans Mayer keineswegs nur ein historisches.

Seine Feststellung, die bürgerliche Aufklärung sei gescheitert, knüpft er vor allem an die Feststellung, die materielle Egalität einer gleichen Lebenschance habe trotz des Versprechens von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nie verwirklicht werden können.

So abschließend sein Befund, so verwunderlich erscheint er von heute aus gesehen. 1975, war das nicht die Zeit, in der noch alles in Ordnung war? Blicken wir auf die Bundesrepublik jener Zeit, erscheint sie uns so modellhaft, klein und übersichtlich wie eine Puppenstube; und politisch beinahe als das genaue Gegenteil von dem, was Hans Mayer konstatierte. Im Westen hatten wir damals Vollbeschäftigung, betriebliche Altersvorsorgen, volle Kirchen, eine homogene Mehrheitsgesellschaft mit Drei-Parteien-System, drei Fernsehprogrammen und klaren Fronten.

Heute leben wir buchstäblich auf einem anderen Planeten. Die Weltbevölkerung hat sich seither fast verdoppelt. Es leben heute 3,9 Milliarden Menschen mehr auf der Erde als vor siebenunddreißig Jahren. Nächste Woche werden es über 1,5 Millionen mehr sein, trotz aller Katastrophen, Krankheiten, Pandemien und Kriege. Es gibt einen Zynismus, der annehmen will, diese Entwicklung lasse das Beharren auf Menschenrechten kaum noch «realistisch» erscheinen.

Wie sehr müsste sich Hans Mayer in seiner damaligen Einschätzung bestätigt sehen? Man muss beinahe sagen: er konnte gar nicht ahnen, wie recht er hatte. Heute erscheint es bereits vollkommen utopisch, überhaupt nur den allgemeinen Anspruch gleicher Lebenschancen für all diese beinahe acht Milliarden Menschen zu postulieren. Aber, so Hans Mayer weiter: «Scheitern einer bürgerlichen Aufklärung muss nicht den Bankrott des aufgeklärt-humanistischen Denkens bedeuten». Ganz im Gegenteil. Gerade angesichts dieser Zahlen sind es allein die Menschenrechte, die uns von der Barbarei trennen.

Das Grundgesetz bekennt sich ganz ausdrücklich zu ihnen. Das bedeutet nicht notwendig, dass unsere Gesellschaft sie auch beherzigt. Wie eine Gesellschaft ist, lässt sich nicht am Wortlaut ihrer Verfassung erkennen, sondern allein daran, wen sie zu Außenseitern erklärt und wie sie mit ihnen umgeht. Beste Absichten sind zunächst nichts weiter als das: beste Absichten. Das Grundgesetz ist ein großes Versprechen. Für seine Einlösung bleiben wir selbst verantwortlich.

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Herta Müller

Unsichtbares Gepäck

«Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.» So trocken formelhaft klang der Artikel 1 im Entwurf für das Grundgesetz. Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat dann das Grundgesetz, und der Artikel 1 klingt nun völlig anders – wärmer und dennoch ernster: «Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.» Dem ging eine lange Debatte voraus, weil der Inhalt des Wortes «Würde» offen ist und offen bleiben muss und sich daher mit der genormten Sprache und dem nüchternen Denken von Juristen kaum vereinbaren lässt.

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

Heutzutage kann alles eine Würde haben. Der einzelne Augenblick und ganze Nationen. Der Begriff Würde ist heute nicht nur offen, sondern diffus. Dabei ist doch der Ausgangspunkt für Würde der Wert. Es geht um den Wert des Menschen. Lange, zu lange war der nur vom sozialen Rang bestimmt, der sichtbar sein musste. Nur wer Ornate und Talare trug, mit Samt, Seide und Spitzen, mit Schärpen, Schleppen und Orden, war ein Würdenträger. Die «Goldfasane» unter den Nazis, an erster Stelle der bizarre Feldmarschall Göring in seinen abstrusen Fantasieuniformen mit zahlreichen Orden, waren späte Verkörperungen dieser exhibitionistischen Auffassung von Würde.

Aber ein ganz anderes, eine bitteres und tragisches Beispiel für die auf dem Körper getragene Würde sind die Veteranen der Roten Armee, die heute, von der Gesellschaft vergessen, nur an Feiertagen vorgezeigt, in Armut leben – alte Menschen, die sich, weitab von Moskau, in ihren trostlosen Gegenden selbst überlassen sind. Sie tragen dort als täglichen Halt ihre alten Orden, als wäre der Krieg gegen Nazideutschland gerade erst vorbei. Es ist eine Würde aus buntem Blech, eine traurige Selbsttäuschung.

Die Vorstellung der inneren Würde jedes Menschen hat sich erst im Zeitalter der Aufklärung ausgebildet. Die Würde des Einzelnen entspringe einem Gefühl eines eigenen inneren Wertes, der für keinen Preis käuflich sei und der dem Menschen eine Achtung vor sich selbst schenke. Schiller nennt das Anmut und Würde. Für ihn war Anmut eine Haltung. Es ging um die innere Würde, die moralische Stärke und die geistige Unabhängigkeit.

Der Artikel 1 des Grundgesetzes verpflichtete Parlamente, die Behörden, die Polizei in den westlichen Bundesländern des geteilten Deutschlands, etwas zu achten und zu schützen, etwas, das im Nationalsozialismus lebensgefährlich war: die Geistesfreiheit des Einzelnen, seine innere Unabhängigkeit. Viele Mitglieder des Parlamentarischen Rates hatten das erlebt, andere kamen aus dem Exil zurück, und fünf Mitglieder hatten sogar Konzentrationslager überlebt. Für sie alle war der

Verlust der Würde eine lange persönliche Erfahrung im Alltag einer Diktatur: die Wehrlosigkeit gegen die Schläger der SA und gegen die Verschleppung in die Lager, gegen Enteignung und Berufsverbot, gegen die Folter in den Gefängnissen der SS. Die Angst vor der Willkür der Nazis war überall und immer bei denjenigen, die keine Nazis waren und es auch nicht werden konnten, weil sie sich eine innere Anständigkeit bewahrt hatten. Man konnte nur den nächsten Menschen vertrauen, die Angst vor Spitzeln war allgegenwärtig. Es gab auch keine intellektuellen Reservate des freien Denkens, weil es sich nicht mehr artikulieren konnte. Es gab keine unabhängige Justiz mehr. Die Medien waren gleichgeschaltete Propagandainstrumente, die moderne Kunst und die zeitgenössische Literatur wurden verbrannt, und Tausende Journalisten und Künstler wurden ins Exil vertrieben.

1949 stand Artikel 1 des Grundgesetzes deshalb für mehr als nur für den Beginn einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft, von der man noch nicht wissen konnte, wie sie sich entwickeln würde. Den Autoren des Grundgesetzes war es wichtig, mit dem Begriff der Würde die Ablehnung jeder Diktatur deutlich auszusprechen. Das Wort Würde selbst erteilte den Institutionen der neuen Demokratie den Auftrag, die Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus in der Gesetzgebung und im Alltag der Behörden zu beseitigen. Auch deshalb steht der Satz «Die Würde des Menschen ist unantastbar» an der Fassade des Gebäudes der Staatsanwaltschaft. Dort ließ ihn der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer anbringen. Bauer war schon 1933 im KZ inhaftiert und floh 1936 zuerst nach Dänemark und von dort nach Schweden ins Exil. Er kam 1949 zurück und setzte in den 60er-Jahren die Frankfurter Auschwitzprozesse gegen harte Widerstände in den Reihen der Justiz durch. «Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich Feindesland», soll er gesagt haben. Er wusste genau, wo er war. Denn an allen Ecken und Enden scheiterte der Artikel 1 des Grundgesetzes. Die Nazi-Mentalität steckte noch privat in den Köpfen und amtlich in den Behörden, und die Würde des Menschen blieb antastbar.

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

Da ist zum Beispiel die Würde der Sinti und Roma. Man schätzt, dass ungefähr 5000 von ihnen die Todeslager überlebten. Ihre Anträge auf Anerkennung als Verfolgte der Nazidiktatur wurden von den Behörden an die Kriminalpolizei weitergeleitet. Die holte ihrerseits Gutachten zur «Sondererfassung von Zigeunern» bei ehemaligen Nazi-Beamten ein – man könnte auch sagen bei Verbrechern –, die in der «Dienststelle für Zigeunerfragen» tätig und für die Deportation der Sinti und Roma in die Lager verantwortlich waren. In diesen Gutachten steht, dass die Antragsteller nicht aus rassistischen Gründen, sondern wegen «Asozialität» inhaftiert wurden. So konnten diese Gutachter Entschädigungszahlungen ebenso verhindern wie die strafrechtliche Einordnung ihrer Beteiligung am Völkermord. Und sie hatten damit Erfolg. In den 1955 veröffentlichten Kommentaren zum «Bundesentschädigungsgesetz» wurden alle Verfolgungsmaßnahmen der Nazis als legitime Sicherheitsmaßnahmen interpretiert, weil die «Zigeuner» durch «Asozialität, Kriminalität und Wandertrieb» ihre Bekämpfung notwendig gemacht hätten. Damit setzte sich die rassistische Verachtung der Nazis gegenüber den Sinti und Roma in die demokratische Gegenwart fort.

Auch die Würde der homosexuellen Deutschen wurde weiterhin angetastet, weil sie nicht als Opfer der Nazis akzeptiert wurden. Homosexualität blieb bis 1969 generell strafbar als «widernatürliche Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren». Noch 30 Jahre nach 1945 verstieß nach Ansicht des Verfassungsgerichts die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen nicht gegen das Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Erst 2002 wurden Homosexuelle als Opfer der Nazis anerkannt.

Oder die Würde der Frauen, die für die Nazis nur Mütter und Hausfrauen waren. Bis 1958 konnte der Ehemann weiterhin nach eigenem Ermessen den Arbeitsvertrag seiner Frau fristlos kündigen. Und bis 1962 durften Frauen ohne Zustimmung des Ehemannes kein Bankkonto eröffnen. Und erst nach 1969 wurde eine verheiratete Frau als geschäftsfähig angesehen.

Oder – als letztes Beispiel – die Würde der ins Exil vertriebenen Deutschen. Hunderttausende flohen vor den Nazis aus Deutschland ins Ausland. Aber Adenauer brauchte für den Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik «Leute, die von früher etwas verstehen». Er meinte damit ehemalige Nazis und leider nicht die Lebenserfahrung der ins Exil Gejagten. Sie blieben auch nach dem Krieg in Deutschland unerwünscht. Sie störten sogar. Im Bundestagswahlkampf 1961 wurde der Heimkehrer Willy Brandt von Konrad Adenauer wegen seiner Zeit im norwegischen Exil vorgeführt, und Franz Josef Strauß krakelte: «Eines wird man Herrn Brandt doch fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben.» Willy Brandt hat «draußen» – wie viele Emigranten – Widerstand gegen die Nazis geleistet, er hat sein Leben auf illegalen Reisen nach Deutschland riskiert und in Stockholm eine Presseagentur aufgebaut, um die Welt über die Verbrechen der Nazis zu informieren. Willy Brandt hieß eigentlich Herbert Frahm. Nach 1945 behielt er seinen Exilnamen, so wichtig war ihm dieser Name – eine Hommage an den Widerstand im Exil gegen Nazideutschland. Aber wer weiß das heute noch? Der Widerstand des Exils wurde in Deutschland noch nie gewürdigt, und er spielt bis heute überhaupt keine Rolle. Erinnert wird an den militärischen Widerstand der Offiziere, die treue Gefolgsleute Hitlers waren.

So geriet die Unantastbarkeit der Würde des Menschen zu einem leeren Begriff im Nachkriegsdeutschland. Denn zur Würde des Menschen gehört auch die Wahrheit. Und die wollte man nach 1945 mit dem sogenannten «kommunikativen Beschweigen» (Hermann Lübbe) in Ruhe lassen. Niemand wollte sich eingestehen, dass er von der Politik der Nazis profitiert hatte. Im Kleinen durch den billigen Kauf von Hausrat deportierter Juden oder im Großen durch Arisierungen ganzer Firmen und Immobilien. Und man wollte nicht nachforschen, wo überall in der Politik, der Justiz, der Industrie, aber auch in den Künsten immer noch Nazis waren. Und vor allem wollte man nicht wissen,

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

wie das Leben ging in der Zeit der großen Verfolgung, wie das Leben ging auf der Flucht aus Deutschland hinaus und danach im Exil, wie das Sterben war in den Lagern. Dazu hätte man sich für einzelne Menschen interessieren müssen, für das unvorstellbare Elend der Ängste und Einsamkeiten. Doch ohne dieses Interesse ist es unmöglich, zu begreifen, wie sich der Verlust der Würde anfühlt.

Ich bin keine Historikerin. Deshalb kann ich die Abgründe zwischen den Opfern und den Tätern in der Nazizeit nicht rekonstruieren. Ich kam nach 1945 in Osteuropa zur Welt und habe die Demokratie in Westeuropa nur aus der Ferne gesehen. Sie schien unerreichbar. Aber ich habe das «kommunikative Schweigen» der rumäniendeutschen Minderheit über ihre Verstrickung in den Nationalsozialismus miterlebt. Und als ich über die SS-Vergangenheit meines Vaters zu schreiben begann, wurde ich als Nestbeschmutzerin beschimpft und angepöckelt. Mein erstes Buch wurde «Asphaltliteratur» genannt, und eine Besprechung endete mit «Jedem das Seine», der Inschrift im Tor des Lagers Buchenwald.

Und ich habe auch das Schweigen auf Rumänisch erlebt. Die Geschichtsverdrehung, das Leugnen der Antonescu-Zeit an der Seite Hitlers. Alte Faschisten mutierten zu 150-prozentigen Kommunisten. Der rote Sozialismus war braun im Kopf. Eine Diktatur verlängerte sich in die andere. Der Faschismus in den Stalinismus, nach Stalins Tod 1953 in den Post-Stalinismus, was man bis 1989 «Aufbau des Sozialismus» nannte.

In Osteuropa hat sich die Diktatur nicht 1945, sondern erst 1989 verabschiedet. Die Freiheit ist dort noch jung, sie stolpert und sie ist noch nicht bei sich selbst angekommen. Wie schnell sie wieder zu Fall gebracht werden kann, sieht man in Polen und in Ungarn. Man nähert sich mit abstrusen Ausreden der Diktatur an. Die Freiheit wird zur Fassade, und die Würde des Menschen bleibt auf der Strecke. Wie soll man den Rückfall in alte Muster aufhalten?

Wenn ich heute zurückdenke, weiß ich: Die große Frage in der Diktatur war: Wie soll man leben? So kurz war die Frage gar nicht. Sie ging viel weiter, mit Nebensätzen, die im Grunde das Hauptsächliche daran waren. Wie soll man leben mit dem, was man denkt, wenn man es nicht sagen darf, ohne dafür ins Gefängnis zu kommen? Wie soll man trotzdem, da wo es darauf ankommt, in einer Sitzung oder auf einem Amt oder beim Verhör, zeigen, was man denkt, ohne es zu sagen? Wie soll man leben, um so zu bleiben oder zu werden, wie man für sich selber ist? Oder wie soll man nicht so werden, wie man nicht sein will? Ich könnte auch sagen, wie behält man seine Würde?

Eigentlich wusste ich gar nicht, wie ich sein will, wer weiß das schon von sich? In einem gewissen Sinn wusste ich es dennoch, weil ich jeden Tag um mich herum sah, wie ich nicht sein will und auf keinen Fall werden darf. Wie kann man leben und sich ertragen, obwohl man nicht so ist, wie man sein will, weil man gar nicht so sein darf, wie man am liebsten wäre. Ich geriet mit dieser Grundsatzfrage, wie soll man leben?, immerzu in Konflikte. Ich war gar nicht darauf aus, diese Frage zu stellen, sie stellte sich unausweichlich von selbst. Sie war immer schon dort, wo ich mit meinem Leben hinkam. Sie war vor mir da, als hätte sie auf mich gewartet.

Ich habe das damals nicht gewusst, es war die Frage nach persönlicher Freiheit und der eigenen Würde. Aus der Distanz von heute glaube ich, dass es in der Unterdrückung eine zerstörerische Fixation auf das Gegenteil gibt, auf die Freiheit, die nicht gelebt werden kann. Sie ist als Abwesenheit vorhanden, sie weiß, dass sie verkrüppelt wird. Sie wird so gestört, dass sie dort, wo sie beginnt, sofort aufhört. Das Ende frisst den Anfang vom ersten Moment an. Da sie jedoch immer, wenn auch nur als Gegenteil von sich selbst, vorhanden bleibt, ist sie im Kopf mehr als bloße Projektion. Sie ist kein stummes Kopfbild, sondern ein furchtbar genaues Gefühl. Gefühl ist das passende Wort. Denn Gefühle sind ja im Kopf. Jedenfalls entstehen sie im Kopf. Dass einem die Unterdrückung bewusst ist, heißt, dass einem das Fehlen

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

der Freiheit bewusst ist. Es ist dieses fatale Zwillingsspaar, das durchs Leben läuft. Es ist so ein Paar, wie chronischer Hunger immer ans fehlende Essen denkt.

Ich muß es mir heute eingestehen: Das Meiste, was ich über Freiheit und Würde gelernt habe, habe ich aus den Mechanismen der Unterdrückung gelernt. Diese Mechanismen zu beobachten – und etwas anderes bleibt einem ja in der Unterdrückung nicht übrig – ist, wie die Spiegelschrift der Freiheit zu entziffern. Das Deutlichste, was ich gelernt habe, kann ich ganz einfach sagen: Freiheit und Würde sind immer konkret.

Sie sind da, oder sie fehlen in jeder einzelnen Sache. Allgemein kann ich darüber gar nicht reden. Es führt mich nirgends hin, wenn ich es versuche. Das abstrakte Wort Freiheit und das Gefühl der Würde beschäftigten mich nicht als Idee, sondern als Gegenstand. Als ganz konkreter Gegenstand. Denn Freiheit hat ihren konkreten Ort, an dem sie vorhanden ist oder fehlt. Sie hat ihren Inhalt, ihr Gewicht. In der Freiheit ist immer eine konkrete Situation. Es findet etwas statt oder es wird verhindert. Diese beiden Kategorien sind immer präsent: erlaubt und verboten. In der Diktatur war fast alles, was ich tun wollte, verboten. Und was erlaubt war, habe ich mir selbst verboten, weil ich nicht so werden wollte, wie diejenigen, die es mir erlaubten. Die Freiheit ist ein Gegenstand. Aber in diesem Leben in Rumänien war sie so weit weg, man konnte sie nicht anfassen. Umso mehr fasste sie mich an.

Das war der Grund, weshalb ich in allen Situationen, wo es darauf ankam, in unvermeidliche Konflikte geriet. Wo es darauf ankam – es kam ständig darauf an.

Ich arbeitete im dritten Jahr in einer Maschinenbaufabrik als Übersetzerin und weigerte mich, meine Kollegen für den Geheimdienst zu bespitzeln.

Die darauffolgenden Schikanen gingen wochenlang. Eines Morgens wollte ich in mein Büro, aber es war ein Ingenieur eingezogen. Er sagte, ich hätte hier nichts mehr zu suchen. Die Betriebsanleitungen

und meine dicken Wörterbücher lagen im Gang auf dem Fußboden. Ich ging eine Weile auf die Toilette weinen, damit mich niemand sah. Dann ließ mich eine Freundin an eine freigeräumte Ecke ihres Schreibtisches. Es war ein Großraumbüro. Ein Paar Tage später wartete sie morgens draußen vor dem Büro mit meinen Sachen im Arm. Sie sagte, ihre Kollegen wollten mich nicht mehr in ihrem Büro, schließlich sei ich ein Spitzel. Die Verleumdung war vom Geheimdienst organisiert. Es war die Rache für meine Weigerung, die Kollegen zu bespitzeln. Ich konnte gegen diese Verleumdung nichts tun. Es gab bestimmt unzählige Spitzel in der Fabrik, die niemand kannte, die mit Positionen und Geld belohnt wurden für ihre Dienste. Ich war so wehrlos in dieser Zeit, für mich war die Welt entgleist.

Trotzdem wusste ich jeden Tag, dass die Weigerung richtig war. Sie war lebenswichtig. Nach dieser Absage fühlte ich mich frei. Ich war frei davon, etwas zu tun, was man von mir verlangte. Es hätte wahrscheinlich auch mir Vorteile gebracht, es war aus der Sicht des Regimes das Normale und mehr als nur erlaubt. Es war eine erlaubte Pflicht. Ich wusste genau, dass meine Absage ernste Folgen haben würde. Trotzdem war ich erleichtert, denn die Sache war ab jetzt für beide Seiten geklärt: Mir war klar, dass ich mich an der Unterdrückung nicht beteilige. Und dem Geheimdienst war klar, dass er mit mir nicht zu rechnen hat. Was mir aber nicht klar war und täglich über mich kam, war die Einsamkeit danach. Diese große Verlassenheit, so monströs, als wäre jede Beziehung zu mir pures Gift. Ich wurde gemieden, die Kollegen von gestern wollten mich nicht mehr kennen.

Ich hatte mir eine Freiheit erlaubt und dadurch eine Würde gerettet, die in diesem Land nicht vorgesehen war. Sie vergrößerte die Unterdrückung sogar. Ich habe damals begriffen, dass eine Person für einen Überwachungsstaat nur dann als Individuum in Betracht kommt, wenn sie zum Staatsfeind wird. Weil er diese Person zerstören will, denkt sich der Staat die Methoden speziell für sie aus. Das muss er tun, damit die Zerstörung sicher wirkt.

Die Geschichte ging weiter. Ich hatte nun kein Büro mehr und

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

setzte mich auf mein Taschentuch zwischen die Etagen neben ein Fenster ins Treppenhaus und arbeitete dort mit einem dicken Wörterbuch auf dem Schoß. Durchs Fenster sah man die Fabrikkatze mit dem zerrissenen Ohr draußen im Hof. Mir fiel die Redewendung ein: Am Rand der Pfütze springt jede Katze anders. Aber hier verhielten sich alle gleich. Ich dachte, in diesem Sinn, und zwar nur in diesem, gibt es das sozialistische Kollektiv. Kollektiv ist nichts anderes als diese erschreckende Gleichheit, die in der gefressenen Angst ohne Absprache funktioniert. Aber wenn es um Gemeinsamkeit oder Kollegialität geht, ist das Kollektiv nur ideologisches Gefasel. Durch die Freiheit, die ich mir aus Abwesenheit der Freiheit genommen hatte, habe ich zu spüren bekommen, dass das Kollektiv dem Staat immer so wichtig war wegen der Unterdrückung. Man brauchte es als Gegensatz zum Individuum. Ich verstand, der Einzelne war nicht ein Teil, sondern der Feind des Kollektivs. Das zeigte sich immer wieder. Ein paar Jahre später wurde ich wegen «Individualismus» und «Nichtanpassung ans Kollektiv» als Lehrerin von der Schule gefeuert.

Der Spruch mit der Katze meinte, jede Katze springt an der Pfütze anders – in diesem Land sprangen alle Katzen gleich, sie sprangen nicht über die Pfütze, sie sprangen an der Pfütze vorbei. Und ich war auch nicht über, sondern voll in die Pfütze gesprungen. Ich wusste sogar vorher schon, dass ich nur in die Pfütze springen kann.

Würde ist auch, wenn man mit ihr voll in die Pfütze springt.

Die Diktatur nimmt einem jeden Rückzugsort, das Private gibt es nicht mehr. Ich war ausgeliefert. In meiner Wohnung lag seit Jahren ein Fuchsfell. Eines Tages stieß ich im Vorbeigehen an das Fell und der Schwanz rutschte weg. Er war abgeschnitten. Wochen später war auch der rechte hintere Fuß abgeschnitten, dann der linke. Ein paar Monate später nacheinander die vorderen Füße. Der Geheimdienst kam und ging, wie er wollte. Er hinterließ Zeichen, wenn er wollte. Der Wohnungstür sah man nichts an. Ich sollte wissen, dass mir in meiner Wohnung dasselbe passieren kann wie dem Fuchs.

Als ich meiner Mutter die Sache mit dem Fuchs erzählte, waren ihm schon alle vier Füße abgeschnitten.

Meine Mutter fragte: Was wollen die von dir?

Ich sagte: Angst. Und das stimmte. Dieses kurze Wort erklärte sich selbst. Denn so wie die Fabrik war das ganze Land ein Angstgebäude. Es gab die Angstherrscher und das Angstvolk. Jede Diktatur besteht aus denen, die Angst machen, und den anderen, die Angst haben. Angstmacher und Angstbeißer. Ich habe immer gedacht, Angst ist das tägliche Werkzeug der Angstmacher und das tägliche Brot der Angstbeißer. So war das damals vor 1989 in ganz Osteuropa.

Als sie den verstümmelten Fuchs sah, hatte meine Mutter auch Angst. Angst um mich und Angst um sich selbst.

Sie sagte: Du liegst eines Tages tot im Graben. Dafür hab ich dich nicht großgezogen.

Und dann schluckte sie, verdrehte die Augen und sagte dazu: Andere applaudieren und verdienen Geld. Und du bringst unsere Familie in Gefahr.

Sie hatte Angst. Angst um sich, Angst um mich und sogar Angst vor mir. Sie wollte unauffällig leben. Das ging nur, wenn man sich anpasste. Das war für sie Normalität. Ich störte diese Normalität.

Ich bekam nie wieder eine feste Anstellung und wusste nicht, wovon ich leben sollte. Ich hatte überhaupt kein Geld. Gelegentlich bekam ich eine befristete Aushilfsstelle an irgendeiner Schule. Von der Straße kommend, hörte ich das laute Summen der Stimmen aus dem Lehrerzimmer. Sobald ich die Tür öffnete und im Lehrerzimmer erschien, wurde es still wie in einer Kirche. Sie schauten mich kurz an, und dann flüsterten sie. Je mehr Kollegen um mich herum waren, umso deutlicher war ich allein. Und wenn ein Schultag zu Ende war, ging ich wie alle zur Bushaltestelle. Niemand wollte mit mir auf der Straße gesehen werden. Ein Teil der Lehrer trödelte und hielt sich weit hinter mir, der andere Teil beeilte sich, um Abstand zu gewinnen. Das geschah ohne Absprache in der Dressur der Angst.

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

Genauso schlimm wie die Bedrohung durch den Staat und seinen Geheimdienst war die Einsamkeit. Ich wurde von den anderen Lehrern gemieden. Ihre Angst isolierte mich. Sie hatten Angst vor dem Staat, und sie hatten Angst vor mir. Ich war eine Gefahr.

Ich war ja nur als Aushilfe in der Schule und wunderte mich: Am Ende des Schuljahres wollten mir mehrere Schüler aus verschiedenen Klassen Kaffeebohnen schenken. Es gab keinen Kaffee im Land. Ein Kilo kostete auf dem Schwarzmarkt viel mehr als ein Monatsgehalt. Ich wies den Kaffee zurück. Das sprach sich herum, andere Lehrer stellten mich zur Rede und fragten mich, wieso ich mich für was Besseres halte. Sie rechneten mit diesem Kaffee, und ich machte ihnen das Geschäft kaputt, schlechte Zeugnisse durch Kaffeegeschenke zu verbessern.

In diesen und vielen anderen vergleichbaren Momenten musste ich begreifen, dass es nicht nur Angstmacher und Angstbeißer gab. Die sogenannten Kollegen in der Schule und davor die in der Fabrik, ja die meisten Leute in diesem Land waren Angstträger. So wie sie gelernt hatten, ihre eigene Angst zu verwalten, hatten sie auch gelernt, von der Angst der anderen zu profitieren. Sie machten aus der Not und dem Elend mal ahnungslos, mal schamlos das Beste. Sie selbst glaubten, sie machen sich nur ein glattes Leben und keine Politik. Aber war diese Angst wirklich unpolitisch? Ich glaube nicht. Die Verwaltung der Angst war an und für sich vorauseilender Gehorsam und Teil des würdelosen Lebens in der Diktatur.

Jeder war mit seinem Leben auf dem Schwarzmarkt. Alles war verboten. Ohne Korruption war der Alltag nicht möglich. Der Staat selbst erhob die Korruption zum Geschäftsprinzip und schaute so lange zu, bis der Geheimdienst einen Grund zur Erpressung brauchte. Man gehörte sowieso dem Staat. Man war sein bedingungsloses Eigentum. Wer das nicht ertrug, war ein Staatsfeind.

Einmal schrie der Securist bei einem Verhör wütend: Was glaubst du, wer du bist?

Ich sagte: Ich bin ein Mensch wie Sie.

Darauf sagte er: Das glaubst du. Wir bestimmen, wer du bist.

In solchen Situationen dachte ich, dass dasselbe Wort immer nur in dem Augenblick, in dem es verwendet wird, dasselbe ist. Ich fragte mich, ob mir ein Wort überhaupt gehört, weil man jedes Wort umdrehen und gegen mich verwenden kann. Ich glaubte auch, dass es am besten wäre, wenn man Wörter nur im Kopf haben müsste und nicht im Mund. Und dass das Erlebte meist gar keine Zeit für Wörter hat. Außer beim Verhör, wo die Wörter kristallisieren. Unvermeidlich und schrecklich und manchmal für immer. Der Vernehmer sagte einmal, «Wer sich sauber anzieht, kann nicht dreckig in den Himmel kommen». Dieser Satz ist an und für sich sogar schön. Aber aus seinem Mund war das eine Morddrohung.

Wenn ich zum Verhör musste, zog ich meine schönste Bluse an, schminkte mich und nahm den hochroten Lippenstift. Das gab mir den Anschein von Mut. Also es gab der Angst, die ich hatte, den Anschein von Mut, den ich nicht hatte. Stattdessen hatte ich in der Handtasche mein Zahnbürstchen – für den Fall, dass ich vom Verhör nicht mehr nach Hause komme. Angst und Mut sind wahrscheinlich teilweise dasselbe. Bei mir war es nie gänzlich das Gegenteil. Wie oft wollte ich der Angst das Gedächtnis nehmen und mich so schnell wie möglich freuen. Aber es war dann nicht Freude, sondern nur Erleichterung, wenn ich nach Hause ging.

Es war die Last einer leeren Freiheit. Sie hatte kalte Augen und weiße Pfoten und hinterließ ihre Spur. Ich fragte mich, ist die Angst das Tier oder nur die Pfoten des Tiers, die auch ohne das Tier weiterlaufen. So, wie ich weiterlief und die Überwachung weiterlief. Man sah immer und überall, was ich tat. Wie damals in der Kindheit im Dorf. Bis zum nächsten Verhör steckte ich in meiner leeren Freiheit, ich war ja nicht verhaftet. Eine leere Freiheit bedeutet, dass man auf Schritt und Tritt weiß, was Freiheit *wäre*, weil man sie nicht hat. Leere Freiheit tut weh und macht traurig.

Artikel 1 – Schutz der Menschenwürde

Wenn man mit der Last seiner leeren Freiheit herumläuft, geht man nicht so schnell verloren wie ohne sie. Sogar mit dem Nichts in der Freiheit ist die Freiheit größer als ganz ohne Freiheit. In der Zeit vor dem Rausschmiss aus der Fabrik habe ich mir so seltsame Sachen gesagt wie:

Die Zeit ist ein Dorf, und die Angst hat das kürzeste Gesicht.

Ich wußte nicht, was so ein Satz bedeuten soll, aber er klang nach Gewissheit und Selbstbeherrschung. Der Satz blieb mir im Kopf, ich nutzte ihn so oft, dass er das Seltsame verlor und durch Abnutzung ganz gewöhnlich wurde. Ich sagte mir, der Satz darf wollen, was er will. Oder: Das Eins zu Eins bietet sich hier nicht an. Darin besteht seine Freiheit. Er machte nicht nur sich frei, sondern auch mich. Das war schön, es reichte. Gerade das Gewöhnliche bewies, dass der Satz es gut mit mir meint. Wenn es gut zu einem ist, kann alles gewöhnlich werden. Das Gewöhnliche hat einen unschätzbaren Wert. Mir sagte es, dass ich mir mit der Last meiner leeren Freiheit noch selbst gehöre. Dass ich vielleicht an diesem Staat, aber nicht an mir selbst verzweifeln muss. Bedeutet vielleicht Würde, dass man von seinem Leben keinerlei Nutzen akzeptiert, der jemand anderem schadet?

So hatte sich nach Jahrzehnten Diktatur alles verdreht. Es gab kein ethisches Fundament mehr. Die Gesellschaft hatte ihren Kompass endgültig verloren. Alles war materiell und moralisch ruiniert. Auch die Menschen. Sie machten jahrzehntelang gar nichts, und dann lehnten sie sich auf gegen das Regime. Aber in gleichem Maße auch gegen sich selbst. Die ewig schlechte Laune im Sozialismus kam auch vom Überdruß an sich selbst, an der Würdelosigkeit der eigenen Anpassung.

Die Frage, die ich mir heute noch stelle, heißt: Wie geht das Leben? Die Würde kann man brechen. Das weiß ich. Kann man sie auch falten oder teilen? Und wird sie später wieder ganz? Kann es sein, dass sich der Verlust der Würde anders meldet als der Verlust der Freiheit? Unbewusster und daher später – zwar unbegreiflicher, aber umso stärker. Als unsichtbares Gepäck.

Artikel 3 Absatz 3 – Diskriminierungsverbot

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Feridun Zaimoglu

Gefährliche Zeiten

Ich sehe einen schwarzen Obdachlosen, verdreckt, verwirrt, die Hosensäume in Fetzen, er schwenkt die Sammelbüchse mal nach vorne, mal nach hinten, er dreht sich blitzschnell nach allen Seiten um, er ist allein, es laufen ihm keine Passanten entgegen. Was tut er? Er übt das Betteln. Er lernt, seinen Argwohn zu überwinden und keine Hand wegzuschlagen. Ich bin verblüfft, denn ich bin in meiner Stadt keinem Schwarzen begegnet, der auf der Straße lebt. Plötzlich ist es mir unbehaglich, ich beschleunige meinen Gang, ich möchte nicht als ein Schaulustiger gelten, der das Elend der anderen beglotzt. Am Abend, im Beisein maskierter, doppelt geimpfter Bekannter, erzähle ich von dem Vorfall, ich berichtige mich und sage, daß sich nichts ereignet habe und daß ich nicht in eine seltsame Geschichte verwickelt worden sei. Da fährt mich ein junger Mann böse an, er ist mir unbekannt, trotzdem wählt er die vertrauliche pronominale Anrede, er sagt laut: «Bist du jetzt auf dein Weißsein stolz? Hat es dich erregt, eine farbige

Artikel 3 Absatz 3 – Diskriminierungsverbot

Person unter dir zu wissen? Gib es zu, du hast das N-Wort gedacht, du bist fast geplatzt, weil du es unbedingt aussprechen wolltest ...». Der junge Mann sticht während seiner Rede mit der Gabel in die Luft, ich kann es nicht fassen, ich ducke mich unter seinen Schlägen, und als ich die mit ihm sympathisierenden Bekannten nicken sehe, rupfe ich mir die Stoffserviette vom Kragen, stehe auf, und verlasse die guten Menschen im Salon.

Nein, denke ich auf dem Heimweg, ich habe nicht gedacht: «Ein irrer Neger.» Ich habe nicht gedacht: «Das Irrewerden liegt im Blut der Neger.» Ich habe nicht gedacht: «So kann's kommen. Erst handelt man mit Rauschgift, dann verfällt man dem Crack!» Daß ich die Geschichte eines armen dunkelhäutigen Mannes für erwähnenswert halte, macht mich nicht zum weißen Schwein. Habe ich auf eine falsche, weil angedichtete Besonderheit hingewiesen? Der junge Mann, von dem ich nur weiß, daß er Geisteswissenschaften studiert, hat mich in einem kleinen Schauprozeß als Verräter an der richtigen Gesinnung denunziert.

Das Urteil stand fest: Die bloße Benennung und Benamung ist ein Gedankenverbrechen. Ich müsste, wenn ich seinem Dogma folgte, meine eigenen Gedanken lesen, und ertappte ich mich bei einer Inkorrektheit, mich zu einer korrekten Ansicht zwingen. Der Student ist also ein Korrektor, er beschäftigt sich mit der Offenlegung des Verborgenen: Je mehr der Beschuldigte leugnet, desto mehr verfängt er sich im Netz der Lügen. Wenn der Anblick eines nicht weißen Mannes mich herausfordert, bin ich nicht normal, auch wenn ich mich auf die Normalität berufe. Ich bin von einem Zweitsemester überrumpelt worden, er hat mich und den Vorfall, der kein Vorfall war, als die Urzene einer Begegnung eines Weißen mit einem Schwarzen ausgegeben. Ich bin gefangen in diesem Zerrbild: Mir wird unterstellt, ein hergebrachtes altes böses Wissen abzubilden, ein Wissen der Anmaßung, ein Wissen der vermeintlichen Wesensermittlung der Schwarzen. Soll ich immer ausdrücklich bekennen, daß ich im Rassenwahn eine Ab-

scheulichkeit erkenne? Ist mir Mitleid verboten, wenn es sich bei dem Obdachlosen um einen schwarzen Mann handelt? Ich habe ihn nicht herabgewürdigt. Ich habe ihn nicht verächtlich gemacht. Fast war ich versucht gewesen, an ihn heranzutreten und Münzen in seine Sammelbüchse zu werfen. Ich tat es nicht, weil ich ihn bei seiner Übung nicht stören wollte. Nicht daß ich ihn erblicke, macht mich schmutzig. Ein schmutziger Gedanke, den der Blick auslöste, machte mich zum Menschenschwein. Mauldreck folgt dem Hirndreck.

Das N-Wort. Man löscht nicht den Hassenden, der das Hassenswerte definiert, nur weil man vier Buchstaben tilgt. Das N-Wort ist ein übler Dünkel, es erzwingt das Herbeidenken des Unaussprechlichen. Lau und flau sind die Vokabeln der Korrektoren, sie reden und schreiben wie Schlaumeier, sie bleiben die Welt, weil sie Wörter schwärzen. Weil sie Wörter, die sie als kontaminiert erachten, durchstreichen. Das Z-Wort. Die K-Wörter. Das Sch-Wort. Das I-Wort. Wo treiben die gekappten, entfernten Stücke? Eger. Igeuner. Rüppel. Anacke. Wuchtel. Tzig. Sie verbergen sich. Man versteckt sie. Sie sind der schlechte Atem des Geistes. Es sind verbotene Schriftzeichen. Die Großbuchstaben bewachen einen kleinen leeren Platz. Die durchgestrichenen oder verschnittenen Wörter sind wortgewordene Posen der Gehässigkeit: Man wird sie auch in ihrer Unvollständigkeit entziffern können. Und doch: Es nimmt der Haß nicht deshalb ab, weil man die akademische Verkrakelung der allfälligen Schimpf- und Fluchwörter beherzigt. Es ist eine neue Welt der Beauty-Retuschen, der korrigierten Wortfehler, der Nachbesserung: Der Retuscheur tilgt den Schmutz. Tatsächlich betreiben die Diskriminierungsgegner (= die Antidiskriminierungsbefürworter) die Unsichtbarmachung der sichtbaren Eigenheit: Einen dunkelhäutigen Menschen hat man als einen Menschen ohne auffallende oder vom Selbstverständnis des Angeschauten vielleicht für hauptsächlich erachtete Merkmale wahrzunehmen. Ich aber weigere mich, farbenblind zu sein; ich dulde und ertrage es, daß ich der infamen Verleugnung geziehen werde.

An einem anderen Tag, zu einer anderen Stunde: Ich sitze im Re-

Artikel 3 Absatz 3 – Diskriminierungsverbot

gionalzug nach Hamburg. Eine sektbeschwipste Dame zeigt auf meine lange silberne Kette, die von einer Hosenschlaufe zur nächsten reicht, sie will wissen, ob ich orthodoxer Jude sei. Ich sage, daß es sich um ein modisches Accessoir handle. Sie fordert mich auf, mein Judentum mutig zuzugeben. Ich sage, daß ich ein nichtjüdischer Moslem sei. Ihr entfährt der schrille Ausruf: «Oh Gott!» Wir müssen beide lachen. Sie bietet mir freundlicherweise Sekt im Plastikbecher an, ich lehne ab, ich weiß nicht, ob ich die restliche Fahrtdauer von einer Dreiviertelstunde mit Harndrang überstehen kann, die Toiletten sind außer Betrieb. Sie ruft: «Stößchen!», trinkt und lacht. Ein Fahrgast lacht nicht, er fängt an, mit ihr zu schimpfen: Es könne nicht sein, daß sie in aller Öffentlichkeit einen Fremden drangsalriere, der Fremde habe sich nur unter ihrem Zwang ausweisen müssen, er selbst habe sehr mit sich gerungen, er wolle seine Zeitung lesen und Schluß, doch er müsse nun dem Fremden zu Hilfe eilen und sie auf den Pott setzen. Ich drehe mich zu dem Mann um und sage, daß ich kein Fremder sei, erstens. Und zweitens wolle ich jetzt in aller Entschiedenheit die Dame gegen seine Attacken in Schutz nehmen, er solle bitte sie und mich in Ruhe lassen. Stille. Vor Wut schleudert er die Zeitung auf den Boden und verläßt das Abteil. Nimmt er es mir übel, daß ich seine Annahme meiner Unzugehörigkeit nicht bestätigte? Da kommt er wieder zurück und sagt, daß mir meine Angepaßtheit nichts nützen werde, ich solle an all die Juden denken, die im Ersten Weltkrieg für Deutschland tapfer gekämpft hatten, um Jahre später in der Gaskammer zu enden. Er wünsche mir die Vergasung nicht, ich solle aber achtgeben, ich solle in meiner Wachsamkeit nicht nachlassen.

Die Dame blinzelt. Ich blinzele. Es ist uns in die Knochen gefahren, was der Mann soeben von sich gegeben hat: eine ungeheure Unsinnigkeit, deretwegen man ihn mit einer harten Maulschelle bestrafen müsste; die Aufführung des dummen Kerls, der glaubt, mit scharfen Worten den Nebel der Vagheit zerfetzt zu haben. Er gibt uns mit seinem aufgepumpten Gesicht zu verstehen, daß er sich für das Opfer einer Kränkung hält. Wer hat wen beleidigt? Sein Gerede hat die Dame

schlagartig ernüchtert, sie gießt sich aus ihrem Sektfäschchen nach. Und die anderen Fahrgäste? Was gehen sie die Belange der anderen an, sie halten sich aus dem Streit der Spinner heraus. Was ist genau geschehen? Der Mann hat die Stimmung verdorben, er hat mich vergiftet. Er lauert auf seinem Sitz, eine noch so milde Entgegnung wird ihn aufstacheln. Die nächsten dreißig Minuten bin ich völlig davon eingenommen, ihn nicht zu beachten. Die Dame wagt es beim Abschied nicht, meinen Gruß zu erwidern. Ich werde auf dem Bahnsteig eingeholt von einem jungen fremdstämmigen Deutschen, der mich als Verfasser von kämpferischen Büchern erkannt hat. Er ist enttäuscht, er fragt, warum ich stillhielt, warum ich den Kerl nicht sattgemacht habe, er hätte gern von seinem Sitz drei Reihen hinter mir aufstehen und bezeugen können, daß die mir von dem Kerl angedichtete Jüdischkeit nur ein Vorwand gewesen sei, um die Worte Jude und Gas in einem Satz unterbringen zu können. Ich bin über so viel Klugheit verblüfft. Ich verspreche ihm, das nächste Mal die Beleidigung hart zu vergelten. Es wird mir nicht gelingen. Als stünde der Tag im Zeichen der verruchten Vergangenheit, stoße ich in meiner Post auf einen Brief: Der anonyme Absender hat auf einem Streifen Toilettenpapier aus der Zeitung ausgeschnittene Buchstabenschnipsel aufgeklebt. Ich lese: «Moslem verrecke!»

Ich zerreiße das Papier. Es fällt mir nicht ein, Anzeige gegen Unbekannt zu erstatten. Täglich werden Kolleginnen und Kollegen von Internettrollen beleidigt. Und doch ist die Naziparole keine kleine Schmähung. Was tun? Übergehen. Arbeiten. Ich vergesse den Brief. Eine Woche später fallen mir die Schnipsel wieder ein, nach einer Gartenlesung. Ich frage zwei Männer, die sich als Juden ausgewiesen haben, ob es sie beleidige, wenn ich sie als jüdische Deutsche bezeichne. Sie sprechen von den vielen Möglichkeiten des jüdischen Seins, in diesem besonderen Falle würden sie sich als deutsche Juden verstehen, denn ihre Jüdischkeit wäre wesentlich. Sie erkunden sich nach meinem Selbstverständnis. Ich sage: «Ich habe ein deutsches Leben.» Damit sind sie sehr einverstanden. Ein Mann, der bislang ge-

Artikel 3 Absatz 3 – Diskriminierungsverbot

schwiegen hat, meldet Einwände an: Ist die Herkunft tatsächlich eine vernachlässigenswerte Größe? Das Deutschsein kann doch nicht ein großes, weites Gefäß sein, das alle verflüssigten oder verhärteten Identitäten aufnehmen soll. Was ist mit den Deutschen, deren Eltern und Großeltern und Urgroßeltern deutsch waren? Sind sie im eigenen Land ein minderheitliches Volk? Setzt man sich denn nicht sogar über das Grundgesetz hinweg, denn da heißt es doch, daß niemand wegen seiner Herkunft benachteiligt und – diese Stelle überliest man gerne! – bevorzugt werden dürfe?

Der Mann wedelt meine Frage, ob er sich denn umzingelt fühle, mit der Hand weg wie eine lästige Bremse. Man werde ihn nicht durch Provokationen ablenken können, er habe, wie er finde, eine äußerst aktuelle Frage gestellt, man solle sie nicht übergehen. Er könne den Verfall ganzer Viertel bezeugen, das seien aufgegebene Zonen, in denen herkunftsstolze Fremde lustig lärmend lebten. Kümmere es denn die Liberalen am Tisch wirklich nicht, wie es den wenigen waschechten Deutschen gehe, die bleiben müssten, weil die Rente nicht einmal für das Minimalste reiche. Er frage die Herren Juden und den Herrn Moslem, was man dagegen unternehmen könne, denn daß es einen Übelstand gebe, stehe wohl außer Zweifel. Was sagen? Wie ihn besänftigen? Nicht benachteiligt. Nicht bevorzugt. Die Worte brennen nach. Ich könnte aufstehen und mich mit einem hackenden Kinngruß verabschieden. Das wäre aber unbescheiden. Überall im Lande sind nicht unverständige Menschen damit beschäftigt, zu erkennen, zu verstehen: Wer bekommt die Gunst und das Geld? Ich sage: «Ich bin in den besagten Zonen unterwegs gewesen, ich kenne die Mißstände nicht nur aus der Zeitung. Geschlossene Gesellschaften halte ich für ungesund! Für den Kalenderspruch schäme ich mich, ich schweige und brüte, ich bleibe aber sitzen. Gehört der Mann, der die Verhältnisse anprangert, zu den Patrioten des Abendlands? Nein. Vielleicht. Er macht nicht den Fehler, von einem jüdisch-christlichen Erbe zu reden. Und doch spricht er den Moslems das Recht ab, zu den

«guten Fremden» zu gehören. Eine junge Frau vom Nebentisch sagt plötzlich in die Stille hinein: «Werden die Juden verschont, weil sie es hinter sich haben? Wir integrieren doch nur nach einem großen Opferbrand.»

Die Herren Juden löffeln den Vanillepudding, ohne innezuhalten, ohne zu blinzeln, es wartet ein jeder Liberaler am Tisch auf eine scharfe Gegenrede, doch der Mann dreht sich zu der Frau um und sagt leise: «Touché!» Damit hat nun keiner von uns gerechnet. Nicht bevorteilt. Hat er mich, den Herrn Moslem, denn nun ausgeschlossen? Schwebt ihm eine Volksgemeinschaft vor, und haben die Volksgenossen gewisse ausgemendelte Eigenschaften aufzuweisen? Falsche Gedanken. Und doch befremdet mich die Art und Weise, wie er Erkenntnisse gewinnt: Er beschaut einen Menschen, als würde er eine neue Wohnung besichtigen. Der Wind weht Gesang von einem fernen Nachbargarten her, man ist plötzlich milde gestimmt an diesem Abend, den man fast für einen Sommerabend halten mag, wer möchte sich noch an weltanschaulichen Fragen begeistern, die Liberalen und der Illiberale verweilen noch, auch wenn sie ... auch wenn wir uns alle durch den Stoff an Bein und Brust kratzen. Die junge Frau aber wittert an dem Mann eine altrechte Gesinnung, sie glaubt, einen Völkischen entdeckt zu haben, der nur ganz bestimmte Herkünfte gelten lassen will, und viele andere wiederum nicht. Sie streiten sich, trotz der Mücken. Gaukelt er nur ein Wissen um die Dinge vor, wenn er eine These mit den Worten einleitet: «Ich will folgenden Personenkreis in den Blick nehmen.» Mir schwirrt der Kopf. Er spricht von Abkömmlingen südöstlicher Sippschaften, die in Dortmund, Duisburg und Düsseldorf ganze Straßenzüge verheerten. Er fragt: «Ist das Antifaschismus, wenn man diese Leute gewähren läßt? Sind wir dann gute Bürger, wenn wir zu deren Siegesgesängen klatschen? Sie, junge Dame, sind eine Salonlinke, die nur dann mit Grundgesetz und Menschenrechten kommt, wenn es um fremde Völkerschaften vor unserer eigenen Haustür geht. Erklären Sie mir doch bitte, warum Sie derart deutschenfeindlich sind?!» Jetzt sind wir alle wach, jetzt kratzen wir uns nicht mehr blutig. Ist das

Artikel 3 Absatz 3 – Diskriminierungsverbot

Grundgesetz tatsächlich die geronnene Verfaßtheit des guten Bürgers und der guten Bürgerin? Sind die Genehmen und Gefälligen für das Gebietende, weil sie sich davon eine Schwächung des politischen Gegners erhoffen? Die junge Frau zitiert das Diskriminierungsverbot im Artikel 3. Der Mann sagt: «Der Artikel bedeutet: Ich will den Menschen als Menschen annehmen. Ich will aber bitteschön nicht gezwungen werden, ihn zu lieben oder bei seinem Anblick vor Freude zu strahlen!» Ich finde über die Suchmaschine meines Mobiltelefons den Artikel 3, ich lese ihn durch, ich stelle fest: Es wird nicht geleugnet, daß es ein bestimmendes Geschlecht, eine bestimmende Herkunft, einen bestimmenden Glauben gibt. Die einzige Grobheit im Text ist der Bezug auf die Rasse. Sie ist die einzige Vokabel, die eine Verfemung verdiente, wenn man sich auf sie als biologische Konstante bezieht. Wie kann man es schaffen, nicht als Langweiler dazustehen, wenn man sich auf das Verbot der Verachtung der andersartigen oder als andersartig empfundenen Menschen bezieht? Der in den Blasen der Bundesrepublik geführte Diskurs ist nicht die Vorwegnahme der Wirklichkeit von morgen. Wenn eine Nachrichtensprecherin nicht nur, wie es ihr Beruf verlangt, Nachrichten vorliest, sondern sich ausdrücklich zum Willen zur Menschenerziehung bekennt, ist das ein parteigängiger Eifer: Ich schalte immer angewidert ab. Das Papierdeutsch taugt nicht als Mittel gegen das Ressentiment. Nicht bevorzugt, nicht benachteiligt. Der inkommode Mann in der Runde möchte nicht untertänigst parieren, er glaubt, daß der Staat allein zur Niederhaltung der Bürger Gesetze und Gebote geschaffen habe und daß eben dieser Staat mit einer großen Propagandalüge aufwarte: Die Verfassung solle man nach dem Zivilisationsbruch der Shoah als Zivilisationsprojekt annehmen. Ist der Mann ein heimlicher Anarchist? Hat er sich endlich verraten, und wird die junge Frau ihn nun als einen Altrechten entlarven? Tatsächlich ist seine Attacke auf die deutsche Verfassung unzulässig, er klingt zur vorgerückten Stunde selber wie ein Propagandist. Mir schwirrt der Kopf. Die Mücken. Die Worte. Der Pudding. Die Herren Juden und der Herr Moslem. Ich stehe auf, ich

wünsche allen eine gute Nacht, ich wanke müde zum Gästezimmer. Ich träume, daß die Gartenhecke wuchernd wächst und daß an den Zweigen beerenkleine Köpfe von Moslems mit gehäkeltten weißen Scheitelkappchen hängen.

An einem anderen Tag, zu einer anderen Stunde: Ich lese in einer Zeitschrift von einem Interview, das ein Westnazi mit einem Ostnazi für ein Nazi-Fanzine geführt hat. Auf die Frage, was denn die größte Errungenschaft im 20. Jahrhundert sei, antwortet der Ostnazi: die Gaskammer. Hirndreck. Ich kann dem Artikel nicht entnehmen, daß man ihn wegen größter Verfehlung des Menschseins weggesperrt hat. Der Wirklichkeitsbezug der Nazis ist stets widerwärtig. Ich bin vergiftet, es gelingt mir nicht, den Kerl zu vergessen, seine Worte hallen mir im Kopf nach. Wie kann man derart verschweinen, wie kann man zum Vieh herabsinken. Die Lumpenarier in den Städten und in der Provinz rüsten auf. Ich begegne im Supermarkt einem Bekannten, der von Linksaußen nach Rechtsaußen gedriftet ist, er sympathisiert offen mit den Identitären, er spricht von der Konservativen Revolution und von der Separation der Völkerschaften, die man mit aller Härte durchzuführen habe. Er begreife sich als ein Soldat ohne Uniform, ich solle bittesehr nachdenken, statt ihn scharf anzublicken, ich solle nachdenken über die folgende Frage: «Ist Heimat ein bloßes Territorium? Eine neutrale Gegend? Ist deine Heimat auch meine Heimat? Kann es die Heimat überhaupt in der Mehrzahl geben? Kannst du dich komplett als deutsch beheimatet erklären? Oder ist Heimatfindung verzichtbar?» Ich will keinen Streit, ich will einfach nur Brot, Früchte und Aufschnitt in den Korb packen und wieder nach Hause eilen. Er verstellt mir den Weg, er spricht fanatisch schäumend von den neuen Zeiten, der Wind, das wolle er mir mitteilen, wehe von rechts, es sei eine abgemachte Sache, daß es zu einer nationalen Erhebung komme, es gehe längst nicht mehr darum, ob man dafür oder dagegen votiere, mit einer freien Wahl habe es nichts zu tun, auch das wolle er mir mitteilen, sondern um eine einzige Tatsache: Volksgenosse, wenn ja, dann zugehörig. Wenn nicht, gute Heimreise. Ich wünsche ihm, daß er sich

Artikel 3 Absatz 3 – Diskriminierungsverbot

verschluckt und keuchend zu Boden geht, ich denke es nur, ich spreche es nicht aus. Ich mache einen jähen Ausfallschritt, er weicht erschrocken zur Seite, er reißt die Maske vom Mund und schreit mir Parolen hinterher. Ein Irrer. Kein Irrer. Ich weiß, woran er glaubt: Es soll ein jedes Volk, streng getrennt, allein selig werden. Keine Vermischung. Herkunft ist Schicksal, die Herkunft weist dem Menschen die Heimat zu. Da kann ich noch so beharrlich von meinem deutschen Leben sprechen, er wird böse lächeln und den Kopf schütteln. Ein Wirrwarr von Worten in meinem Kopf: Sippschaft, Gaskammer, Grundgesetz, Blut und Boden, Tatsachen. Es häufen sich die Anschläge auf Geist und Vernunft, es mehren sich die Einwände gegen die Freiheit der anderen im Namen der eigenen Freiheit. Es sprechen die Falschen in nüchternen Worten, und es sind wiederum die Falschen, die der Verschwommenheit der Begriffe das Wort reden. Mir ist, nur manchmal, bänglich zumute. Die Zahl der Menschenschweine übertrifft die der Tierschweine um ein Vielfaches. Für einige Tage ziehe ich mich aus allem zurück, ich lese zwei dicke Bücher, und es gelingt mir, nicht an die retuschierten Wörter zu denken, keine Mücken, die mich stechen, keine Männer, die sich mir in den Weg stellen, keine heftigen Streitgespräche. Es schreibt mir keiner vor, womit ich mich zu befassen habe. Es setzt sich keiner mit übermäßigen Empfindungen in Szene. Ich fühle mich wie eine verheerte Seele auf dem Wege der Gesundung. Ich begreife: An den Fehlstellen kommt es unter Druck zum Bruch. Ich begreife: Gefährliche Zeiten, viele verzweifelte Subjekte, die sich radikalisisieren. Ich will mich vorsehen.

Artikel 10 – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Eva Menasse

Dissidenten der Digitalmoderne

«Prag ist heiß, verdorrt, schwül und welk. Mein Telefon führt nirgends hin. Im Café Bellevue sitzt Doppler. Peroutka ist weggefahren, und Richter ist weggefahren, und ich muss mich um die ganze Přítomnost kümmern. Und ich kann nicht arbeiten. Wahrscheinlich werde ich nie mehr arbeiten können. Ich habe dir damals gesagt, ich kann mir eher vorstellen, zu sterben, als daß du wegfährst. Es ist allerdings das Schlimmste geschehen, wie immer das Schlimmste geschieht. Du bist weggefahren, und ich bin nicht gestorben.» Dies, einen der schönsten Liebesbriefe, den ich kenne, schrieb im August 1938 die tschechische Journalistin Milena Jesenská, damals Redakteurin der Přítomnost

Artikel 10 – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

(«Gegenwart») an ihren Kollegen Willi Schlamm, der bereits emigriert war.

Ein Liebesbrief, das Privateste, was sich denken lässt – abgedruckt in einem Buch, den Augen der Welt preisgegeben. Und es sind ja unzählige andere Briefkorrespondenzen veröffentlicht, aus historischen oder literarischen Gründen. Aber in welcher Beziehung steht das eigentlich zum gesetzlich geschützten Briefgeheimnis? Natürlich, bevor Briefe veröffentlicht werden können, müssen sie freigegeben oder ihre Verfasser tot sein. Aber dass uns Brief-Editionen so besonders faszinieren, weil sie den Voyeur und Schnüffler in uns kitzeln, wie ich es jedesmal deutlich empfinde, wenn ich solche fremden Briefe öffne, seien es die herrlich ungezogenen von Virginia Woolf oder die tragisch-verdrückten innerhalb der Familie Mann – das verdeutlicht nur auf andere Weise ihre Besonderheit. Briefe sind notierte Zwiegespräche, sie sind auf Papier gebannte, verstofflichte Privatsphäre.

Ein vertrauliches Gespräch kann immer so organisiert werden, dass man nicht belauscht wird. Man kann den richtigen Zeitpunkt abwarten, den anderen in eine stille Ecke oder einen dichten Wald ziehen, Dritte können Wache halten. Aber auch wenn die Kommunikation vermittelt stattfinden muss, indem einer etwas aufschreibt und aus der Hand geben muss, damit es dem Adressaten oder der Adressatin gebracht werde – selbst für diesen heiklen, ausgelieferten Fall will die Gesellschaft Privatheit garantieren. Das ist «von allen Kulturvölkern als Princip anerkannt worden», wie es in einer alten Brockhaus-Definition heißt. Und das ist eigentlich ziemlich erstaunlich. Ohne jedwede historische Forschung betrieben zu haben, kann ich mir den ideellen Ursprung dieser Regel nur aus der ohnehin überzeugendsten aller Rechtsgrundlagen denken: «Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu.»

Wahrscheinlich ließe sich die moralische Spannweite der Menschheit sowieso gut zwischen diesem, höflich die Distanz wahrenen, und dem anderen, dem riskant-expeditiven, Prinzip beschreiben: «Was machbar ist, wird auch gemacht werden» – das beginnt beim Eindrin-

gen in die Privatsphäre anderer und endet bei Auschwitz und der Atombombe.

Aber wir waren erst beim Brief.

«Zum Wesen des Briefes», so heißt es in dem alten Brockhaus vom Ende des 19. Jahrhunderts weiter, «gehört der Verschluss, durch welchen der Briefabsender seinen Willen bekundet, daß die unter dem Schutze des Siegels befindliche Botschaft jedem unbefugten Auge entzogen werden soll». Längst braucht man Lack und Siegel nicht mehr (die ich als Kind besaß und liebte), es reicht, den Brief zuzukleben, und es ist sogar verboten, offene Postkarten zu lesen.

Zu Kafkas Zeiten, in der österreichisch-ungarischen Monarchie, gab es dreimal Post, morgens, mittags und abends. Damit war, selbst wenn man sich gerade, wie Kafka ja oft, in hysterischen Liebeshändeln befand, der Überhitzung eine scharfe Grenze gesetzt. Wie sehr uns das heute doch fehlt! Inzwischen gibt es, von Kindern und Schwerkranken abgesehen, auf der ganzen Welt wohl kaum jemanden mehr, der am Tag nur dreimal Nachrichten absetzt.

Dass die Schönheit des Briefschreibens, seine Umständlichkeit und die Unberechenbarkeit der Zustellung verloren gegangen sind, könnte man nun einfach sentimental betrauern wie das Aussterben von Kürschnern, Melkern, Setzern. Aber das Problem reicht viel tiefer, und damit auch die Frage, was das Briefgeheimnis heute überhaupt noch bedeuten kann. Ein Bild desjenigen, der es bricht, hat wohl jeder vor sich. In fast jeder Familie gibt es einen, der angesichts von Handschriftlichem Stielaugen bekommt, der alles hochhebt, was privat sein könnte, und zur Verteidigung immer sagt, er wollte nur schauen, an wen es gerichtet sei. Und wenn wir es in Filmen sehen, die Arbeit von Zensoren in Diktaturen oder das berühmte Öffnen von Kuverts über Dampf, haben solche Szenen etwas Brachiales, Handgreifliches. Die Überschreitung, der Regelbruch geht einem unter die Haut. Aber unseren Kindern möglicherweise nicht mehr.

Nun unterscheidet sich digitale Kommunikation, egal ob über E-Mails, Messengerdienste, Twitter, Facebook oder SMS, kategorial vom

Artikel 10 – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

alten Brief. Hier ist nicht einfach nur eine begrüßenswerte Erleichterung und Beschleunigung durch Maschinisierung erzielt worden, vergleichbar dem dünnen, einen hölzernen Pflug ziehenden Ackergaul, der von einem breiten Metallfahrzeug ersetzt wurde, das viel schneller und gerader die Ackerfurchen zieht, dabei noch düngt und niemals lahmt, bockt oder in der Mittagshitze stirbt. Nein, all die digitalen Formen, die wir bisher kennengelernt haben (und wer kann schon sagen, was als nächstes kommt – implantierte Devices, die man mit Zwinkern oder gar mit dem Willen steuern kann, werden längst erforscht), verhalten sich grundlegend anders als Briefe. Sie sind weit mehr als bloßer technischer Fortschritt, denn sie haben auf dramatische Weise unser Verhalten, unsere Gefühle und Reaktionen, unsere ganze Wahrnehmung verändert, pathetisch gesagt: Sie verändern unser Menschsein.

Die Hauptgründe dafür sind schnell aufgezählt und sind bedeutender als ihre «Unstofflichkeit», dass sie also bloß auf Bildschirmen erscheinen: Geschwindigkeit, Unmittelbarkeit trotz räumlicher Distanz, unendliche Vervielfältigung, Unlösbarkeit.

Digitalisierte Kommunikation erzeugt fatale Illusionen von Gleichzeitigkeit und Nähe. Durch klassische Sinnestäuschung rückt uns die große, furchtbar komplizierte und gewalttätige Welt dauernd ganz enorm auf den Pelz. Können wir, ständig an unseren Geräten hängend, die Informationen überhaupt noch in die Reihenfolge ihrer Wichtigkeit bringen, wenn die beruflichen Projekte, die Diskussionen in Familien-, Nachbarschafts- und Mietergruppen, allgemeine Twittererregungen und *breaking news* von Kriegen, Naturkatastrophen und Flugzeugabstürzen mehr oder weniger gleichzeitig und abwechselnd eintreffen? Geschehen nicht automatisch kommunikative Übersprungshandlungen nach dem Watzlawick'schen Muster («Behalten Sie Ihren Hammer, Sie Rüpel!»), einfach, weil man jederzeit zurückfeuern kann? Auf Twitter gibt es täglich Beispiele für solche osmotischen Schwappungen, wenn ganz unterschiedliche Themen einfach qua überschießender Emotionalität vernäht werden: «Gerade sind

wieder 34 Menschen vor Malta ertrunken: Und Sie haben nichts Besseres zu tun, als ...»

Dagegen der gute alte Brief: Ich setze mich, womöglich äußerst erregt, hin, beginne, mit scharfen Worten zu schreiben, aber schon nach einer halben Seite und einem ermüdenden Handgelenk wird mir klar, dass das alles wenig lohnt und ich mich vielmehr lächerlich mache. Oder: Ich habe diesen Brief wie ein Laserschwert zwar heißblütig zuende geschrieben und nachdrücklich zugeklebt, aber jetzt fehlt mir die Briefmarke. Also fange ich doch an, nachzudenken ... War es richtig, mit «Sie unbelehrbares Arschloch» zu enden? Soll ich wirklich den ganzen Brief noch einmal schreiben, nur um diese überzogene Schlussformel zu eliminieren? Oder einfach zerreißen, und Schwamm drüber? Jeder von uns Älteren kennt außerdem eine Geschichte, wo – aus welchen Gründen auch immer – jemand demütig neben einem Briefkasten ausgeharrt hat, bis endlich der Entleerer kam, den man flehentlich bat, einen bereits eingeworfenen Brief heraussuchen und wieder an sich nehmen zu dürfen? Rührende Begebenheiten, von heute aus klingen sie historisch, wie aus Doderers Zeit, als er mit achtzehn Jahren und eigenem Pferd beim Ulanenregiment einrückte ...

Aber die Zeit spielt eine bedeutende Rolle, die Zeit ist der entscheidende Faktor. Geschwindigkeit ist nämlich kein Wert an sich, beinahe im Gegenteil. Das könnten wir inzwischen begriffen haben, der Vergleich zwischen dem alten Brief einerseits, der Mail und ihren Unterformen andererseits macht es deutlich. Zeit zu haben, sie zu verschwenden und zu verlieren ist möglicherweise gerade, was den sterblichen Menschen von seiner Technik unterscheidet. Der unbezähmbare menschliche Trieb, Neues zu erfinden, kommt ja wahrscheinlich daher, dass wir uns seit jeher in die Zukunft verlängern wollen, über unsere individuell erreichbare Lebenszeit hinaus. Dass die Menschheit seit jeher die Zeit und den Tod besiegen will. Und obwohl es eigentlich nicht unmittelbar zusammenhängt, haben viele unserer Erfindungen im Laufe der Jahrhunderte alles kontinuierlich beschleunigt, bei gleich-

Artikel 10 – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

zeitiger deutlicher Verlängerung der Lebenszeit. Ist nun der Punkt erreicht, wo wir uns – nicht nur kommunikativ – selbst überholen und damit vernichten?

Im Falle des altmodischen Briefeschreibens wirkte die Zeit zweifellos als eine Art Airbag, der eine Menge Fehler und Katastrophen verhinderte. Niemand wird widersprechen, wenn ich behaupte, dass die Anzahl der zerrissenen, vernichteten, niemals abgeschickten Briefe die der zugestellten um ein Vielfaches überschreitet. Und die der aufbewahrten und erhaltenen, somit publizierbaren, sowieso. Aber dieser Airbag aus Zeit ist restlos vernichtet, nicht einmal etwas von der Dicke eines Bremsbelags ist übrig geblieben. Online-Kommunikation funktioniert rein affektiv, tippen, senden, weg – uneinholbar, nie wieder einzufangen. Dazu kommt noch, dass die unnatürliche Kombination ihrer Eigenschaften – zeitlich unmittelbar, aber räumlich distanz – hochproblematisch ist. Denn eine solche Kombination neigt nicht nur zur Gewalt, sondern multipliziert sie sogar. Strukturell ist das vergleichbar mit der Erfindung des Schwarzpulvers und der Handfeuerwaffen. Vorher musste man dem Gegner noch nahetreten, um ihn zu erschlagen oder zu erstechen, einschließlich aller damit verbundenen Sinneseindrücke. Seither geht das auf Entfernung, bloß ein Punkt, auf den man zielt, dann macht man den Finger krumm. Das ist unpersönlicher, kälter, kommt ohne Blut an den Händen aus. Irgendwo ins Blaue schießen, und weit weg hinter den Linien, unsichtbar, fällt vielleicht einer um – das taugt auch als Metapher für den verbalen Wahnsinn im Netz.

Für das Potenzial zur totalen Enthemmung gibt es längst einen Fachbegriff – *online disinhibition effect*. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass all das eine weitreichende Erklärung für die Erosion und Brutalisierung des öffentlichen Diskurses ist, für die weitreichende Vernichtung von Anstand, Takt und Großmut zwischen den Menschen. Das alles ist messbar und hat unser Leben auch im Analogen verändert.

Früher gab es also nur zwei, voneinander streng geschiedene Möglichkeiten, sozusagen Aggregatzustände der Kommunikation, nämlich

gesprochene Sprache (dazu zählt auch das Telefongespräch) mit der ihr immanenten Gnade von Flüchtigkeit, Vergänglich- und Vergesslichkeit, die alle stattgehabten Affekte und Übertreibungen mindert und ausgleicht. Und auf der anderen Seite die geschriebene Sprache, der etwas Überlegteres, Gültigeres, Gewichtigeres innewohnt, weil man viel mehr Zeit und Mühe darauf verwenden musste. Das Ergebnis (der Brief, das Flugblatt, das Buch) trug die Art seiner Entstehung als zusätzliche Qualität in sich. Es war haltbarer und bedeutsamer.

Heute haben wir einen verstörenden Hybrid aus beidem. Der Unterschied zwischen Gesprochenem und Geschriebenem ist aufgehoben, denn auch alles, was man irgendwo murmelt, wird wahrscheinlich aufgezeichnet. Digitale Kommunikation feuert so schnell und affektiv wie gesprochene Sprache, obwohl der Adressat im nebligen Irgendwo ist – sie erreicht ihn trotzdem. Niemand kann sich vor seiner Mail oder seinem Twitter-Account verstecken, aber ohne sie leben kann man auch nicht mehr. Gleichzeitig wirkt diese Kommunikation – trotz aller Tippfehler, albernen Emojis und verwackelter Videos – schon wegen ihrer Haltbarkeit gültiger, kann immer wieder hervorgeholt und als Beweisstück präsentiert werden. Und dazu treten dann noch, wie in einem Fluch, die oben erwähnten Eigenschaften von Vervielfältig- und Unlösbarkeit.

Überall, auch in meinem Freundeskreis, gibt es Menschen, die völlig unkritisch E-Mails oder Messenger-Nachrichten an Dritte weiterleiten, die gar nicht darauf achten, dass eine Sammelmail viele weitere, nicht öffentliche Adressen enthält oder dass an einer E-Mail noch ein langer Schwanz an alter, sensibler Korrespondenz hängt. Einfach klick und weiter, und wenn das alle machen, dann erscheinen all unsere erregten Diskussionen und komplizierten Gesetze zu den Themen Datenschutz und Ausspähung naiv und rührend. Aber auch das ist wiederum typisch Mensch: Er beschuldigt immer erst die anderen, bevor er einen Fehler bei sich sucht. Dabei handelt es sich um zwei ganz verschiedene Themen. Während wir politisch unbedingt Sorge dafür tragen müssen, dass uns weder staatliche Institutionen noch Kapitalis-

Artikel 10 – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

musriesen wie Google oder Facebook ausspähen oder mit unseren Daten Geschäfte treiben, müssen wir unser eigenes Verhalten im Netz einer mindestens ebenso kritischen Revision unterziehen. Diskretion auch im Netz gehört endlich gelernt. Es reicht bei Weitem nicht, unsere Kinder auf diese Gefahren aufmerksam zu machen («poste mal nicht so viele Fotos von dir!»). Als Erstes müssten wir selbst aufhören, uns zu verhalten wie *digital naïves*, die glücklich mit den bunten Perlen, äh, Apps spielen, ohne Sinn dafür, warum man sie uns geschenkt hat. Niemand würde Pillen schlucken, die umsonst auf der Straße verteilt werden, im Gegenteil steigen generelle Medikamenten- und Impfskepsis seit Jahren an, wahrscheinlich ungefähr in dem Ausmaß, in dem die wissenschaftliche Qualitätssicherung präziser wird. Aber wenn es um Gratis-Apps geht oder um das Kleingedruckte der Datenverarbeitung in den geliebten sozialen Medien (die ich viel lieber die «asozialen» nenne), ist man hemmungslos und zu allem bereit.

Ich würde also so weit gehen zu sagen, dass das gute alte Briefgeheimnis in der digitalen Welt längst weitgehend außer Kraft gesetzt ist. Und zwar noch ohne die komplexen technischen Möglichkeiten der Böswilligen (hacken, Trojaner einschleusen, überwachen). Ganz freiwillig machen wir uns nackt, und alle Gesetze und Regularien (wie etwa die EU-Datenschutzgrundverordnung, vielgehasst und -kritisiert, aber bestimmt eine der beeindruckendsten Errungenschaften der Europäischen Union überhaupt) hinken den technischen Möglichkeiten naturgemäß immer um Jahre hinterher. Summa: Wer ausschließen will, gehackt oder belauscht zu werden, muss sich hinsetzen und einen analogen Brief schreiben. Briefschreiber sind die Dissidenten der Digitalmoderne.

Derweil steht der Briefgeheimnis-Artikel weiterhin ehrwürdig im Grundgesetz wie ein Relikt aus alter Zeit, vergleichbar dem Kölner Dom, dem die Datenströme, die ihn *wireless* umtosen, gar nichts anzuhaben scheinen. Das sind schon wirklich beeindruckende Synchronizitäten.

Milena Jesenská übrigens, um zum Anfang zurückzukommen,

wurde vierzig Jahre nach Kafkas Tod überhaupt nur berühmt, weil sie alle seine Briefe an sie nicht nur sorgfältig aufbewahrt, sondern mit Glück auch den richtigen Menschen übergeben hat, als sich die Schlinge der Nazis zuzog. Als Kommunistin und Widerstandskämpferin starb sie im Mai 1944 im Konzentrationslager Ravensbrück. Auch für die Literaturgeschichte bleibt eine große, schmerzhaft leere Stelle, denn ihre Briefe an Kafka bleiben verschwunden. Dass sie eine literarisch begabte, ungemein lebendige und originelle Briefschreiberin war, wissen wir aus anderen Korrespondenzen, die sich erhalten haben. Aber ausgerechnet ihr Austausch mit Kafka, das Briefgespräch zweier intellektuell ebenbürtiger, voneinander jahrelang faszinierter Persönlichkeiten bleibt ein Torso. Milenas Briefe sind unauffindbar, möglicherweise auf ihr Geheiß von irgendjemandem verbrannt oder den Zeitläuften zum Opfer gefallen. Zuletzt scheinen sie sich im Besitz von Kafkas Eltern befunden zu haben. Hier wurde also das Briefgeheimnis via Verlust gewahrt. Aber genau dieses Fehlen, diese Wunde erinnert uns andererseits an das Geheimnis des Menschseins, an seine ergreifende Mischung aus Einzigartigkeit und Vergänglichkeit.

Artikel 11 – Freizügigkeit

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Sibylle Lewitscharoff

Ein alter Traum

Freizügigkeit ist ein herrliches Wort. Wer ist nicht gern frei? Oder sehnte sich nach Kräften danach, wenn er alles, was mit dem Wort Freiheit an Schönem verbunden ist, nicht genießen kann oder darf? Wo wiederum das Wörtlein *zügig* ins Spiel kommt, denkt man allerdings nicht nur an Gutes. Man kann dazu aufgefordert werden, etwas möglichst rasch zu erledigen. Wenn man mit einer zu bewältigenden Aufgabe betraut ist, kann *zügig* drohend wirken, denn dann serviert uns das Unbewusste sogleich ein *sonst*, will heißen, es droht uns damit, dass etwas sehr Unangenehmes passieren könnte.

Die Nachsilbe *keit* wiederum lässt das Wort wie einen unabänderlichen Begriff wirken, den man nicht allzu locker nehmen sollte. An sich ist die Silbe natürlich bedeutungslos, sie kann der Wortabschluss von etwas Gutem und Schönem sein, ebenso wie auf etwas Schlechtes, gar Grausames weisen.

Züigig ist immer auch ein wenig mit dem Hin oder Her, also einer Bewegung, verbunden. Züge fahren hin und her, die Schweizer haben das nette Wort *zügeln* nicht nur für Pferde und aufbrausendes Benehmen parat, das man besser einschränken sollte, sie verwenden es auch für's *Umziehen*, will heißen für den Umzug von einer Wohnung in die andere. (Kleidungsstücke werden dabei allenfalls in einen Karton gesteckt und *umgezügelt*, aber natürlich nicht angezogen.)

Gefangensein ist natürlich der absolute Gegensatz zur Freiheit. Und das bedeutet nicht nur, im Gefängnis zu sitzen, sondern in einer Kultur, einer Familie, einem Beruf freudlos gefangen zu sein, es bedeutet auch, den Ort nicht verlassen können, an dem man lebt, obwohl man sich dringend danach sehnt.

Eingeschränkte Freizügigkeit herrschte in allen europäischen Ländern für große Bevölkerungsteile über Jahrhunderte hinweg. Das Wort *frei* in *vogelfrei* ist allerdings das einzig mir bekannte, wo die Freiheit eine große Gefahr darstellt. Wer im Mittelalter für vogelfrei erklärt wurde, hatte nichts zu lachen, obwohl der Begriff hübsch klingt. Ein Vogelfreier besaß keinerlei Rechte mehr, man durfte ihn sogar töten, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Im Grundgesetz ist gemeint, dass unsere Staatsbürger ihre Wohn- und Aufenthaltsorte frei wechseln können. Streng genommen gilt das nur innerhalb der deutschen Staatsgrenzen, und für Straftäter, die vorzeitig mit der Auflage aus dem Gefängnis kommen, an ihrem Wohnort einen bestimmten Radius nicht zu verlassen, ist die Freizügigkeit natürlich eingeschränkt.

Weshalb ist die Freizügigkeit ein modernes Grundrecht in den Demokratien? Sie hat nicht immer für alle Teile der Bevölkerung gegolten. Leibeigenen Bauern war es verwehrt, herumzureisen und da-

Artikel 11 – Freizügigkeit

mit den Ort zu verlassen, wo sie die Felder für ihre Grundherren bearbeiten mussten. Gleichzeitig sind das Mittelalter und die frühe Neuzeit aber durchaus auch reisebewegte Zeiten. Fahrende Gesellen durchstreiften die Gegenden auf der Suche nach Arbeit. Meist junge Handwerker gingen «auf die Walz», wie deren Wanderschaft damals hieß. Solche Gesellen waren bisweilen noch Ende des 19. Jahrhunderts anzutreffen. Man kann es nachlesen in der Erzählung von Gottfried Keller *Die drei gerechten Kammacher*, einer hinreißend gewitzten Erzählung in Sachen Freizügigkeit – beziehungsweise einer ausgekochten Verhinderung derselben.

Die drei jungen Handwerker sind fahrende Gesellen, denen ein Handwerksmeister Hoffnung macht, sein Nachfolger werden zu können. Statt weiterzuziehen, bleiben sie dort und lassen sich von dem Meister und einer trickreichen Frau nach Strich und Faden ausnutzen. Sie trägt den kuriosen Namen *Züs Bünzli*, auch genannt *Züssi*, und bringt es fertig, die drei Wanderburschen auf erzkomische Weise zu gängeln und sie – zumindest vorübergehend – fest an sich zu binden. Züssi hat den religiösen Rechtschaffenheitstick als Masche auf Lager und kommt damit eine ganze Weile durch, während sie dem freiheitlichen Streben der jungen Männer ein Ende setzt. Unentwegt stellt sie alle drei Kammacher auf die Probe und macht sie geschickt zu Konkurrenten, indem sie ihnen Hoffnung auf die Ehe mit ihr und damit auf ihr kleines ererbtes Vermögen macht, ohne das sie die Werkstatt des Meisters nicht übernehmen können.

Die Komik blüht wie in kaum einem anderen Buch der modernen Zeit, sobald Züssi den jungen Männern unentwegt Proben ihrer Liebe und Anhänglichkeit abringt. Von Freizügigkeit kann über weite Strecken der Erzählung nicht die Rede sein, von Liebe natürlich ebenso wenig. Es kommt zu einem irrsinnigen und zugleich erzkomischen Wettlauf mit dem Ziel, sich die Gunst Züssis zu erwerben und die Werkstatt des Meisters zu übernehmen, dem verrücktesten, den die Literaturgeschichte zu bieten hat. Die Gesellen sind einfach nur arm und suchen einen behaglichen Unterschlupf. Aber bitte: Lesen Sie

selbst, wie bitter das Dramolett ausgeht (bei hochtouriger Komik vom ersten bis zum letzten Satz)!

Da heutzutage viele Bewohner der reichen, demokratisch regierten Länder der Erde unentwegt herumreisen und dabei auf allen Kontinenten unterwegs sind, kann man natürlich von einem Paradies der Freizügigkeit sprechen. Doch sie hat ihren Preis. Wer alle wichtigen Städte kennengelernt hat und schon an vielen verschiedenen Meeresstränden zum Sonnenbaden herumlag, erliegt der unaufhörlichen Qual der Wahl. Nichts wirklich Neues unter der Sonne. Da macht die Freiheit, sich in der Welt zu tummeln, einen Strich durch die Rechnung der Genusssucht.

Freizügigkeit ist allerdings ein hohes Gut, von dem viele Menschen jahrhundertlang nur träumen konnten. Ein heute vergessener, aber zu seiner Zeit bedeutender Schriftsteller und Musiker träumte diesen Traum besonders intensiv, und so wurde er ihm zum Verhängnis. Der schwäbische Dichter Christian Friedrich Schubart war viel zu intelligent für seine Umgebung, die ihn Lehrer werden ließ. 1739 in Obersontheim geboren, war er ein begnadeter Dichter und Musiker, im Grunde ein unruhiger Vogel, den es nie lange an einem Ort hielt. Schubart war ein Schwätzer vor dem Herrn, eine höchst vergnügliche Plaudertasche von quirliger Intelligenz, eine Wirtshauskanone, die die Leute ringsum zum Lachen bringen konnte, bis ihnen die Bäuche schmerzten.

Als Musiker war er mit Sicherheit einer der begabtesten seiner Zeit. Sein Improvisationstalent muss außerordentlich gewesen sein. Man lese und staune: Der muntere Kerl war ein begnadeter Cembalospielder, spielte aber auch mühelos die Orgel, sogar Waldhorn und Geige, er schrieb wie der Teufel, schwatzte wie der Teufel, vor allem aber soff er wie ein Teufel. In seiner Selbstbeschreibung heißt es: «Frei, ungebunden, durchstreift ich tobender Wildfang Hörsäle, Wirtshäuser, Konzertsäle, Saufgelage – studierte, rumorte, ritt, tanzte, liebte und schlug mich herum.» Rotzfrech wie er im Grunde war, gab er sich immer wieder einer theatralisch aufgeblasenen Reue hin, der Gefühlsüber-

Artikel 11 – Freizügigkeit

schwung ließ seine alkoholisch befeuchtete Seele hin und her schwap-
pen. Jesusmariaundjosef, ausgerechnet dieser tolldreiste, schwer zu
bändigende Bursche wurde – zumindest vorübergehend – Lehrer!

Als Applausmensch seiner selbst riss ihn die Begeisterung fort und
fort. Wenn die Leute an seinen Lippen hingen oder seinem Orgelspiel
lauschten, kam er erst recht in Schwung, dann ließen ihn die Wörter,
die in ihm rumorten, oder die Tasten, in die er griff, flattern und segeln
und schwadronieren und musizieren wie ein kleiner Gott, der in die
Weite des Himmels gehörte, aber nicht auf die winzigen Erdenflecken,
auf denen er notgedrungen siedelte. Wer will schon als geistig ausfah-
rendes Genie in Göppingen oder Ludwigsburg landen? Ruhelos in
Heilbronn, Mannheim, Schwetzingen herumgeistern? Später sogar auf
dem Hohen Asperg landen, in dessen Gefängnis er einige Jahre einsaß?
Dort schrieb er ein Gedicht über die Aussicht vom Kerkerfenster:

Schön ist's, von des Thränenberges Höhen
Gott auf seiner Erde wandeln sehen,
Wo sein Odem die Geschöpfe küßt.
Auen sehen, drauf Natur, die treue.
Eingekleidet in des Himmels Bläue
Schreitet, und wo Milch und Honig fließt.

Wie kaum ein anderer litt Schubart an den Beschränkungen seiner
Zeit. Zig Mal überquerte er in heimlichen Nächten Landesgrenzen,
die er eigentlich nicht hätte überschreiten dürfen, weil er dafür keine
Papiere besaß. Mit seinem Brausecharakter, seiner Neugier und seiner
Intelligenz hatte er sich in der weiten Welt umsehen wollen, der
schwäbische Landstrich war ihm zu klein, die Engherzigkeit der Fürs-
ten ihm zuwider. Und er rebellierte unaufhörlich dagegen. Vier schlaffe
Jahre blieben ihm noch in Freiheit, Jahre des friedlichen Unglücks,
verbracht in Stuttgarter Wirtshäusern. 1811 starb der wilde Mann.

Freizügigkeit gehört zur Demokratie, jeder unbescholtene Staats-
bürger kann reisen, wohin er will, er kann auch ohne Weiteres sein
Heimatland für immer verlassen, ohne jemanden außerhalb seiner

Familie Rechenschaft schuldig zu sein, und die Art solcher Rechenschaft ist eine reine Privatangelegenheit. Innerhalb des eigenen Landes des Öfteren umzuziehen, daran kann ihn ebenfalls niemand hindern. Für schwere Straftäter, die zur Bewährung aus dem Gefängnis kommen und eine elektronische Fußfessel am Körper tragen müssen, gilt dieses Recht aus guten Gründen allerdings nicht.

Im ersten Moment könnte man auf die Idee kommen, dass sich deshalb noch nie so viele Menschen reisend durch die Gegen bewegt hätten wie heutzutage, da die Flüge extrem billig geworden sind und es viele Auslandsdomizile gibt, die ebenfalls wenig kosten. Das stimmt natürlich im Großen und Ganzen. Aber ich denke, wenn wir belastbare Statistiken über den Reiseverkehr früherer Jahrhunderte in die Hand bekämen, wären wir erstaunt, wie viele junge Männer sich ständig auf lange Reisewege quer durch Europa begaben. Wenn sie nicht zu den erstgeborenen Söhnen zählten, hatten sie da, wo sie aufgewachsen waren, oftmals keine auskömmlichen Verdienstmöglichkeiten gefunden; deshalb waren sie vom Wunsch getrieben, bessere Verhältnisse woanders vorzufinden als in ihrer Heimat.

Vermutlich waren oft auch erotische Sehnsüchte im Spiel. Als die europafernen Seefahrer andere Kontinente entdeckt hatten war so mancher tatendurstige Bursche, der zuhause kein Auskommen finden konnte, nicht mehr in der Heimat zu halten. Lange Zeit kursierten phantastisch aufgeladene und munter daherschwadronierende Erzählungen über fabelhaft freiheitliche Sexgenüsse, die sich insbesondere die Männer in so manchen als exotisch geltenden fernen Landstrichen gönnten. Es wimmelte von Darstellungen in Flugschriften und Büchern über nackte Menschen in weiter Ferne, die es sich in jeder Hinsicht wohlgehen ließen. So manche Bilder erinnern ein bisschen an die mittelalterliche Darstellung von Badehäusern, in denen die Menschen auch nackt waren. Was die abenteuerlustigen jungen Menschen erwartete, war oftmals jedoch alles andere als vergnüglich. Harte Arbeit war auf den Schiffen zu leisten, kamen sie einigermaßen wohlbehalten in der Ferne an, hatten sie meist kein Geld mehr, um sich in

Artikel 11 – Freizügigkeit

den bereits vorhandenen Kolonien niederzulassen und etwas Land zu kaufen.

Auch die späteren, im 19. Jahrhundert beginnenden Auswanderungswellen per Schiff, in denen meist jüngere Menschen, sehr selten allerdings allein reisende Frauen, auf der Suche nach einem auskömmlicheren Leben und mehr Freiheit Fahrt in Richtung fremder Kontinente aufnahmen, waren erstaunlich zahlreich. Die Fahrtziele waren größtenteils Nord- und Südamerika, etwas seltener Indien und China oder der sehr viel näher gelegene afrikanische Kontinent.

Kommen wir zum Schluss noch auf etwas anderes zu sprechen – auf meine eigene Familie. Unser Vater war Bulgare, der ab 1936 in Wien und Tübingen Medizin studiert hatte. Er war durch und durch ein Feind der Diktatoren, hasste Hitler und Stalin mit derselben Inbrunst. Eigentlich wäre er besser in Paris oder London aufgehoben gewesen, aber die Familie war deutschsprachig orientiert, und es gab eine Tradition, dass die ältesten Söhne in Deutschland oder Österreich studierten, meistens in Wien. Der Vater war auch auf einem deutschsprachigen Gymnasium unterrichtet worden; deshalb stand ihm diese Sprachregion näher als die französische oder englische.

Unsere Eltern hatten sich in Tübingen kennengelernt. Der Mann, der später unser Vater werden sollte, ging nach Kriegsende zurück nach Sofia, um nach seiner Familie zu sehen. Dort wohnte er bei seiner Tante, die einen jungen deutschen Soldaten aufgenommen hatte, den sie schwer verletzt im Hausflur gefunden hatte. Ihr eigener Sohn war im Krieg gefallen, deshalb sah sie es als ihre Pflicht an, den jungen Menschen gesund zu pflegen. Hitler- oder stalinfreundlich war die gesamte mir bekannte bulgarische Familie nie gewesen. Sie waren Kriegsgegner, ihre Mitglieder neigten einer dezent konservativ gefärbten sozialdemokratischen Politik zu. So auch die Tante. Unser Vater wohnte nach der Ankunft in Sofia bei ihr.

Dann geschah etwas Furchtbares. Ein Nachbar hatte den neuen Machthabern einen Tipp gegeben, dass die Tante einen feindlichen Soldaten beherberge. Bewaffnete Männer stürmten die Wohnung, er-

schossen den jungen Mann im Bett, verhafteten die Tante und unseren Vater. Sie blieb etliche Jahre im Gefängnis, der Vater landete in einer Zelle, in der ein Zuhälter einsaß, der äußerst mutig und gerieben war. Der listige Mann schaffte es, die Wärter zu bestechen, so dass er mit unserem Vater ausbrechen und fliehen konnte. Auf einer abenteuerlichen Reise quer durch Südosteuropa, zu Fuß und auf Lastwagen, schaffte es das Ausbrecherduo schließlich bis nach Stuttgart. Der Mann, dem unser Vater viel verdankte, war eigentlich Analphabet, aber mit einem erstklassigen Geschäftssinn begabt. Er baute das größte Hurenimperium in Baden-Württemberg auf, verdiente einen Haufen Geld – Geld, das er selten zur Bank trug. Er kaufte davon Edelsteine, die er in kleine Säckchen eingeschnürt im Tresor aufbewahrte (aber das ist eine andere Geschichte).

Solange sie lebten, war es beiden Männern verwehrt, in ihr Heimatland zurückzukehren. Wie schwer das Exil auf unserem Vater lastete, merkten mein Bruder und ich, sobald wir in die Sommerferien fuhren und eine Grenze passieren mussten. Unser Vater fuhr einen großen Citroën, mindestens eine Stunde vor der Grenze wurde er schweigsam. Sein Inneres versteifte sich. Weil ihm die Staatsbürgerschaft aufgrund seiner Flucht entzogen worden war, wurde die gesamte Familie zu staatenlosen Ausländern erklärt, auch unsere Mutter verlor ihre Staatsbürgerschaft, ausgerechnet sie, eine Erzschwäbin, deren mütterliche und väterliche Familien bis tief ins 19. Jahrhundert hinein nachvollziehbar deutsch gewesen waren.

Ein staatenloser Ausländer zu sein, brachte erhebliche Nachteile mit sich. Eine Beamtenlaufbahn war verwehrt. Wir durften nicht wählen und konnten keine Landesgrenze überqueren, ohne mindestens zwei Stunden lang «gefilit» zu werden, inklusive Abschrauben der Radkappen und genauester Untersuchung des Wageninneren. Es war beklemmend. Wir hockten meistens in irgendeiner Wachstube herum. Unser Vater sprach kein Wort mehr. Dass man ihn, einen angesehenen Arzt in Stuttgart, der nie kriminell gewesen war, wie einen suspekten Verbrecher behandelte, setzte ihm enorm zu. Seine heitere Verfassung

Artikel 11 – Freizügigkeit

kehrte erst wieder, wenn wir in die Nähe der italienischen oder französischen Strände kamen.

Einige Jahre nach dem Tod unseres Vaters wurden meine Mutter, mein Bruder und ich wieder zu deutschen Staatsbürgern. Aber das kostete viel Geld. Wenn ich mich recht erinnere, musste unsere Mutter dafür fünftausend Mark bezahlen, was damals eine ordentliche Summe war. Aber es lohnte sich, denn dafür hatten wir die Freizügigkeit an vielen europäischen Grenzen mit eingekauft und durften uns als normale Staatsbürger fühlen.

Artikel 12 – Berufsfreiheit

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
- (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
- (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Julia Franck

Ein weiter Horizont, trotz Schatten der Vergangenheit und Gegenwart

Welch grandiose Aussicht liegt in dem Recht auf freie Berufswahl: Ein jeder darf seinen Beruf frei wählen und weder zu dieser und jener Arbeit noch zur Ausübung eines Berufes gezwungen oder davon abgehalten werden. Die gewählte Betätigung selbst darf nur rechtlich beschränkt werden, soweit dies wirklich erforderlich ist und der Schutz anderer Rechtsgüter nicht anderweitig besser erreicht werden kann.

So nüchtern und anscheinend einfach der Artikel 12 des Grundgesetzes auch formuliert, eröffnet er doch großen Freiraum für Spekulation und Interpretation. Was möchte und kann er uns zusichern? Seine Auslegung hat ihn über die Jahrzehnte geprägt und verändert.

Artikel 12 – Berufsfreiheit

Was gibt ein Freiheitsrecht dem Einzelnen, wenn er die Freiheit nicht praktisch nutzen kann, da ihm die Vorbildung fehlt, seine besonderen Fähigkeiten nicht geschätzt und eine entsprechende Tätigkeit ihm nicht angeboten wird. Die Freiheit zur Wahl überwindet nicht zugleich praktische Hürden für den Zugang zum Beruf, besonders nicht das Fehlen von Qualifikationen. Es leitet sich kein Anspruch auf eine Berufsausübung von diesem Artikel ab.

Im Recht auf freie Berufswahl in Artikel 12 leuchtet noch immer das ferne Licht der Grundsätze von Gleichheit und Freiheit, wie sie in Europa schon 1789 in der Französischen Revolution ausgerufen wurden, und der Gewerbefreiheit des Liberalismus im 19. Jahrhundert. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt es in Deutschland, ein Grundgesetz zu schaffen, das Verbrechen am Menschen, seinem Recht, seiner Würde und seiner Freiheit nie wieder zulassen würde. Insbesondere der dritte Absatz bringt deutlich die Abkehr von der furchtbaren Geschichte, von Zwangsarbeit und Konzentrationslagern zum Ausdruck.

Die Freiheit der Berufsausübung ist auch ein Gegenbild zu den Berufsverboten für Juden, Kommunisten und Homosexuelle, denen während des Nationalsozialismus Bildungs- und Berufsverbote auferlegt wurden und die aus Kammern und Verbänden ausgeschlossen wurden.

Während ein Großteil der Deutschen das Recht auf Berufsfreiheit schon nach dem Zweiten Weltkrieg und mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland genießen durfte, konnten viele Deutsche, die in der DDR aufwuchsen und lebten, erst nach dem Mauerfall Ausbildung und Beruf frei wählen. In der DDR standen die gesellschaftlichen Bedürfnisse per Gesetz vor den individuellen. Die Berufsfreiheit bestand «entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen», wie es in Artikel 24 der DDR-Verfassung heißt. Es gab eine staatliche Regulierung, die allein und aus politischen Interessen über den Zugang zur staatlichen Schulausbildung, zu Studium und Berufsausübung des Einzelnen entschied. Wer politisch auffällig oder anderweitig unliebsam geworden war, konnte seiner Tätigkeit nicht mehr nachgehen.

Träumen

Zum Träumen braucht kein Kind das Recht. Da wollte ich an einem Tag als Kosmonautin ins All fliegen und am nächsten mit Löwen spielen. Ein anderes Kind im Ost-Berliner Kindergarten wollte gern Polizist werden wie sein Vater und ein drittes König, wenn es groß ist. Im West-Berlin der frühen achtziger Jahre träumten die dreizehnjährigen Mitschüler von Berufen wie Detektiv, Dönerverkäufer und Geheimagent, am liebsten ein amerikanischer. Andere wollten Fußballer, Sänger oder Schauspieler werden, Reitlehrerin oder Kosmetikerin. Niemand wollte in die Altenpflege, zur Stadtreinigung oder eines Tages Putzfrau sein.

Die Berufsfreiheit ist allerdings im Gegensatz zum kindlichen Verständnis weder ein heiteres Spiel noch ein Gut, das wir uns wie Waren im Geschäft in die Tasche stecken oder wie ein Kostüm beim Fasching überziehen können. Vielmehr ist sie eine Einladung zur klugen und häufig mühsamen Gestaltung, ein Anreiz, für sich selbst und andere Verantwortung zu übernehmen, eine aktive Wahl zu treffen und somit die Reichweite dieses Freiheitsrechts zu vermessen.

Ohne entsprechende Ausbildung und Prüfung darf niemand einfach den Beruf des Arztes, Architekten oder Busfahrers ausüben. Wer bürgte für die Qualität von Ausbildung und Arbeit eines Tischlers oder Friseurs, wenn es keine Interessenvertretung wie eine Innung gäbe, die Berufsbezeichnung und Ehre von Lehrling, Geselle und Meister im Handwerk schützen und die Qualität der fachlichen Ausbildung und Arbeit gewährleisten?

Würde und Arbeit eines Menschen können eng miteinander verbunden sein. Im Idealfall möchte es Artikel 12 ermöglichen, dass Neigungen, Interessen und Fähigkeiten die Wahl einer beruflichen Ausbildung bestimmen. Die Ausbildung, sei es im Handwerk, in der praktischen Lehre einer besonderen Tätigkeit oder im Studium, ist die Voraussetzung für die Entfaltung der Persönlichkeit im Beruf, für die

Artikel 12 – Berufsfreiheit

gesellschaftliche Anerkennung sowie für die ökonomische Teilhabe während der Berufsausübung.

Aber die Wirklichkeit weist dieses Ideal oft genug in seine Schranken: Wer soziale Arbeit mit Menschen verrichten möchte, braucht häufig keinen Befähigungsnachweis, aber ein polizeiliches Führungszeugnis. Auch physische Voraussetzungen können relevant sein: Geschlecht, Größe, Muskelkraft, Sehfähigkeit, handwerkliche Übung und Geschick, hinzu kommen empathische, kognitive und intellektuelle Fähigkeiten. Wer in der DDR Geschichtslehrer oder Spion, wer im Iran Jurist oder Soldat war, wird diesen Beruf trotz seiner Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne Weiteres ausüben können oder eine Ausbildung in seinem Wunschberuf erhalten.

In vielen Fällen wird die bloße Existenzsicherung, der sogenannte Broterwerb, mit einer ganz anderen Tätigkeit erzielt, als es eine bestimmte Ausbildung, der erlernte wie auch der ausgeübte Beruf vermuten lassen. Deutlich wird das in geisteswissenschaftlichen, künstlerischen und medizinischen Berufen. Wie viele Dr. phil. und Meisterschüler von Kunsthochschulen verdienen ihr Einkommen als Taxifahrer, Museumswächter und Küchenhilfe, veröffentlichen daneben Essays und Gedichte in Fachzeitschriften, stellen ihre Kunst in Galerien aus? Trotz akademischer Ausbildung, geistiger wie künstlerischer Berufstätigkeit arbeiten sie jahrzehntelang als Dienstleister in gering bezahlten Jobs, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und Zeit für ihre geistige oder künstlerische Berufstätigkeit zu haben. Pflegekräfte verdienen trotz Höchstleistungen und 12-Stunden-Schichtdiensten weniger als Büroangestellte der öffentlichen Verwaltung. Die Ärztin im Schichtdienst im Krankenhaus erhält als Berufsanfängerin ein ähnlich geringes Einkommen. Und nur wenige Ärzte und Pfleger können ihrem eigenen beruflichen Ethos am Bett eines Kranken zeitlich gerecht werden.

Freiheitsgebrauch ermöglichen

Auch wenn die Berufsfreiheit in erster Linie Freiräume schafft und erhält, frage ich mich, ob die Gesellschaft nicht auch eine Verantwortung dafür trägt, grundlegende Voraussetzungen für den Freiheitsgebrauch zu schaffen. Was nützt dem träumenden Kind seine Phantasie, wenn es einen bestimmten Beruf nie wird wählen, erlernen und ausüben können, weil es bestimmte Fertigkeiten und Qualifikationen nicht besitzt, die Voraussetzung der Ausbildung oder der Berufstätigkeit sind? Was ist, wenn das Kind gar nicht weiß, was alles möglich wäre, wenn es in einer Umgebung aufwächst, die den Ehrgeiz bremst oder gar nicht kennt, wenn es schnell auf das Erträumte verzichtet, gar darauf verzichtet zu träumen?

Schaut man sich die Pisa-Studien der letzten Jahrzehnte und Deutschland im weltweiten Vergleich an, so scheint die entscheidende Einschränkung der praktischen Verwirklichung der Berufsfreiheit erstaunlicherweise durch den sozialen Stand und den Wohlstand der Eltern gegeben zu sein. In wenigen Ländern Europas sind soziale Herkunft und Schulerfolg sowie die Berufswahl so eng miteinander verknüpft wie in Deutschland. Das mehrgliedrige Schulsystem sortiert die Menschen schon früh in Schulformen, die eine auffallende Korrelation zum Einkommen der Eltern aufweisen. Kaum ein Kind von Arbeitern, Transferleistungsempfängern und Immigranten besucht das Gymnasium. Seit Jahren werden mit Sorge die Zusammenhänge zwischen Kinderarmut und Schulerfolg beobachtet. Der Mangel an Lehrlingen und ausgebildeten Facharbeitern wächst. Im Jahr 2021 blieben fast vierzig Prozent der Lehrstellen in Deutschland unbesetzt.

Die Attraktivität des Artikels 12 liegt in der Einladung, eine Berufsausbildung frei zu wählen. Gleichzeitig setzt er eine gewisse Kenntnis von Berufsbildern, die Wertschätzung, ja, die Erkenntnis des Wertes einer Ausbildung voraus. Lernen dürfen ist ein Privileg unserer deutschen Gesellschaft, das kaum noch als solches bekannt ist und geachtet wird.

Artikel 12 – Berufsfreiheit

Dass laut den Forschungsstudien der vergangenen Jahre die Qualität der Bildung und der schulische Erfolg junger Menschen von ihrem sozialen Milieu abhängig sind, wirft einen langen Schatten auf unser Grundrecht der freien Berufswahl, denn wer keine gleichberechtigten Bildungschancen erhält, hat praktisch keinen Zugang zur freien Berufswahl.

Artikel 12 ist kein Garant und keine Verpflichtung für eine freie Berufswahl. Im besten Fall kann er als Ansporn wirken: Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte sind nur frei wählbar, wenn jemand herausragende Schulleistungen vorweisen und sich gegen andere Bewerber durchsetzen kann, die andere Qualitäten mitbringen. Nur wer sich für einen Beruf profiliert und qualifiziert, wird ihn eines Tages erfolgreich ausüben können. Das Fundament, die Teilhabe an Bildung und Ausbildung, muss die Gesellschaft legen. Sonst bleibt der Traum ein Hirngespinnst.

Abschnitt V: Der Bundespräsident

Artikel 54 – Wahl durch die Bundesversammlung

Artikel 55 – Inkompatibilitäten

Artikel 56 – Amtseid

Artikel 57 – Stellvertretung

Artikel 58 – Gegenzeichnung

Artikel 59 – Zuständigkeit für die auswärtige Gewalt

Artikel 59a – aufgehoben

Artikel 60 – Ernennungs- und Begnadigungsrecht; Immunität

Artikel 61 – Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht

Hans Pleschinski

Von der Villa ins Schloss

«Der Herr Bundespräsident und ich suchten Sie.» – Aber sie fanden mich nicht. Ich war aus dem Schloss Bellevue hinausgelaufen. Mir war übel geworden, da bei einer erfreulich gedachten Kulturveranstaltung, die auf meiner Übertragung des Briefwechsels zwischen Friedrich dem Großen und Voltaire beruhte, neuerlich mein Name, der des Urhebers der Übersetzung, unterschlagen worden war. Ohne Schuld des Bundespräsidenten. Den Fahndungsbrief und die Entschuldigung Lorient bewahre ich auf. Denn wann erhält man schon so eindringliche Zeilen wie die des großartigen Lorient: «Ich bin Zeuge, wie man bemüht war, Sie zu finden. Warum sind Sie nicht zu mir gekommen? Ich habe so darauf gewartet.»

Abschnitt V: Der Bundespräsident

Nun, das war 1996, und Hausherr im Schloss Bellevue war Roman Herzog, der siebte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Ihm war daran gelegen, künstlerische Abende in seinem Amtssitz stattfinden zu lassen, Politik und Kultur miteinander ins Gespräch zu bringen.

Auch meine früheren Kontakte mit unseren Bundespräsidenten verliefen nicht direkt und persönlich. Doch die Staatsoberhäupter waren zeit meines Lebens stets mehr oder weniger präsent und übten ihren Einfluss auf mich, meine Familie und auf das Staatsvolk aus. Diese Einflussnahme von Theodor Heuss und seinen Nachfolgern geschah dezent, war stets milde und für jeden Bundesbürger rundum förderlich.

Gott oder das Fatum segne diese Amtsträger – und vielleicht auch bald Amtsträgerinnen – sowie jene, die 1949, bei der Gründung der Bundesrepublik, dieses Amt erfunden haben. Es ist weithin ohne Macht, aber es gleicht einem Schirm, der über allen Aktualitäten einer regen Republik aufgespannt ist. Der Bundespräsident herrscht nicht. Er vermittelt, er spornt an, er beruhigt, er denkt mit und für uns nach. Seine Machtmittel sind das Wort und Gesten, mit denen er Anteil an der Trauer oder der Freude von Bürgern nimmt. *Der Bundespräsident war da ... Der Bundespräsident weiß, was geschieht ... Der Bundespräsident nimmt Stellung.*

Diese verbalen Aktionen sind nie vulkanisch, doch ähneln sie eben dadurch einem Umsorgen, Streicheln, Trösten und Aufmuntern. Darin liegt der Geist des Amts.

Aus dem Wirbel von Geschehnissen taucht der Präsident auf und bleibt auf vielfältige Weise gegenwärtig. Millionen- wenn nicht milliardenfach wurde das Konterfei von Heinrich Lübke, von Gustav Heinemann als Briefmarke auf Kuverts und Postkarten geklebt. Jedem prägten sich die Gesichter und Namen der Amtsinhaber nach einem raschen Befeuchten des Postwertzeichens ein. In die DRR, so hörte ich in jungen Jahren, sollte man besser keine Briefe und Pakete mit den Köpfen von Bundespräsidenten schicken. Solche Sendungen, frankiert

mit dem obersten Demokraten Westdeutschlands, würden von der totalitären Post im Osten noch öfter als andere Post geöffnet oder gar nicht erst zugestellt. Innerhalb der westlichen Welt verschickte man sorglos Ansichtskarten mit Walter Scheel darauf.

Jedes Kind bekam es frühzeitig mit den Bundespräsidenten tun. Seit 1951 fiel alljährlich ein Tag mit Schulunterricht aus, wenn westlandesweit die *Bundesjugendspiele* stattfanden, dieses Toben und Ächzen sämtlicher Schüler und Schülerinnen beim Weitsprung und Kugelstoßen. Mir selbst wäre eine zivile Geschichtsstunde lieber gewesen als meine sportliche Blamage vor athletischen Klassenkameraden. Doch auch ich erhielt nach den Wettkämpfen zwar nicht die *Sieger-* oder gar *Ehrenurkunde*, aber immerhin die *Teilnahmeurkunde*. Kein Schüler wurde in der Villa Hammerschmidt in Bonn vergessen, und noch der müdeste Sprinter bekam das Diplom mit der Unterschrift des Staatsoberhauptes überreicht, quasi sein präsidiales: *Schau, ich lobe Dich*. Wie und wann konnte ein einziger Mann dermaßen viele Urkunden unterzeichnen? Diese Frage tauchte bei Zwölfjährigen, glaube ich, selten auf.

An Theodor Heuss, den ersten Bundespräsidenten von 1949 bis 1959, kann ich mich nicht persönlich erinnern. Aber meine Großeltern und Eltern waren Zeitgenossen des Schwaben gewesen, und gelegentlich sagten sie: «Der Heuss war gut.» Solches Lob muss man als untertrieben bezeichnen. Theodor Heuss war ein Glücksfall für die junge Republik, die noch tief und schlimm im Schatten des Nazihorrors sich zu regen begann. Heuss hatte 1933 unter dem Druck seiner Parteifraktion zwar dem Ermächtigungsgesetz für Hitler zugestimmt, doch sein zuvor veröffentlichtes Buch *Hitlers Weg* hatte ihn als warnenden Demokraten ausgewiesen. Er, der joviale Bildungsbürger, erfand geradezu das Amt des Bundespräsidenten und füllte es, auch maßgeblich für die Zukunft, aus. Sein schwäbischer Tonfall, die zivile Erscheinung, oft mit Zigarre, seine Fähigkeit zuzuhören und unaufregt zu reagieren, waren eine Erholung nach dem Geschrei, Verwüsten und Morden während der Diktatur. Doch nichts Schläfriges haftete dem Schwaben an. Das Land lag noch in Ruinen, war zerteilt, die Menschen lebten

Abschnitt V: Der Bundespräsident

wie enturzelt, doch ihr Präsident sprach in allen Belangen Zuversicht aus, in selbstgewisser Demut und wohl im Namen der meisten, die neu beginnen wollten. Als Erster der Bundespräsidenten stellte sich Heuss der Last der jüngsten Vergangenheit. In seiner Antrittsrede 1949 bekundete er: «Was ist denn das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesrepublik? Es ist bis jetzt ein Paragraphengespinst gewesen. Es ist von dieser Stunde an ein Amt, das mit einem Menschentum gefüllt ist. Es ist nicht meine Aufgabe und kann nicht meine Vermessenheit sein, in dieser Stunde so etwas wie ein Regierungsprogramm Ihnen vorzutragen. Das ist nicht meines Amtes. Sie haben einen Anspruch darauf, Auffassungen von mir kennenzulernen. Wir wollen keinen Zentralismus in Deutschland haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die uns gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen! ... Aber wir dürfen es uns nicht so leicht machen, nun das vergessen zu haben, was die Hitlerzeit uns gebracht hat.»

Behutsame, trotzdem richtungweisende Worte im Land der Täter, Mitläufer und der Opfer. Als erstes Staatsoberhaupt würdigte Heuss die Widerstandskämpfer vom 20. Juli und öffnete dadurch einen neuen historischen Blick. Sein erster Staatsbesuch 1956 galt Griechenland, auch von Deutschen verwüstet. Der Besuch ging nicht in Buhrufen und Pfiffen unter, sondern Heuss' Auftreten und Wesen ließen die Visite ehrenvoll verlaufen. Daheim ermunterte und erfreute *Papa Heuss* die Deutschen durch seine Lebensklugheit und Bonmots: «Der Hass folgt der Trägheit des Herzens; er ist billig und bequem. Die Liebe ist immer ein Wagnis. Aber nur im Wagen wird gewonnen.» – «Meine Herren, der Bundespräsident geht – der Heuss bleibt hocke!» – Seine Gattin Elly Heuss-Knapp war eine bemerkenswert emanzipierte und tatkräftige Frau. In finanzieller Notlage hatte sie ehemals für den Rundfunk die Produktwerbung mit Musik, also den Jingle, erfunden. Nun gestaltete sie das nicht vorhandene Amt einer Ersten Dame des Staates, der *First Lady*. Auch modellhaft karitativ für ihre Nachfolgerinnen gründete sie das *Deutsche Müttergenesungswerk* und beförderte

die *Deutsche Künstlerhilfe*. Nach ihrem Tod war Elly Heuss-Knapp die erste Frau in Deutschland, die durch ein Staatsbegräbnis geehrt wurde.

Lauter Neues im Lande.

Heinrich Lübke war von 1959 bis 1969 jener Bundespräsident, den ich mehr oder weniger deutlich wahrnahm. Wenn dies Staatsoberhaupt im Schwarz-Weiß-Fernsehen erschien, hieß es bei uns zu Hause kurz: «Aber seine Frau ist klug.» Keiner wusste so recht, weshalb ein temperamentfreier Sauerländer und ehemaliger Landwirtschaftsminister zum Seelenhirten der Nation gewählt worden war. Vermutlich weil Konrad Adenauer lieber Kanzler bleiben und das machtfreie Amt nicht übernehmen wollte. Lübke wurde wegen seiner Sprachunbeholfenheit, «Lie-, ja, liebe Landsleute ...», viel belächelt. Er redete in den Neujahrsansprachen den Menschen dennoch gut zu und empfing die Queen ohne die befürchteten Patzer. Ihm geschah manches Unrecht, einschließlich der Anschuldigung wegen einer Begrüßung bei einem Staatsbesuch in Afrika: «Meine Damen und Herrn, liebe Neger». Lübke hat dies nie gesagt, es war frei erfunden. Als Angestellter einer Baufirma hatte er während des Zweiten Weltkriegs an der Errichtung von Arbeitsbaracken mitgewirkt. Doch Dokumente, die ihn zum «KZ-Baumeister» abstempeln wollten, waren von der DDR gefälscht und lanciert worden. Die Sensibilität gegenüber Demenz war um 1965 noch nicht ausgeprägt, und man hielt den betagten Mann einfach für *vergreist*. Wie bei vielen, nein, bei allen Bundespräsidenten ist hinter den ersten Eindrücken und Klischees einiges Staunenswerte zu entdecken. Als erster Präsident rückte Lübke in Reden und auf Konferenzen den Hunger auf der Welt und die Verwüstung der Natur ins Licht. Als erfahrener Agronom war er in den damaligen *Entwicklungsländern*, die er besuchte, ein willkommenerer Gast als man in der Heimat vermutete. Seine Gattin Wilhelmine verlieh dem kleinen Bonn Glanz. Die frühere Studienrätin beherrschte fünf Sprachen fließend und lernte mit über achtzig Jahren noch Russisch. Sie schien die Wächterin ihres Gemahls zu sein. Auch mich beeindruckte die perfekt gekleidete Dame, und man sprach von einem «Wilhelminischen Zeitalter». Die Republik bekam Façon.

Abschnitt V: Der Bundespräsident

Das Amt und seine Rituale schienen nicht mehr wegzudenken zu sein. Die Neu- oder Wiederwahlen seiner Inhaber gewöhnten zudem an den Wechsel von Gesichtern und Ansichten in einer Demokratie. Und manche Wechsel sorgten für Überraschungen. «Ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau», befand Gustav Heinemann. Diesen Präsidenten von 1969 bis 1974, mit dicker Brille und eher strengem Gesicht, schätzte ich sehr. Ich hätte Heinemann sofort mein Portemonnaie anvertraut. Ohne jede Aufgeregtheit war er der moderne Staatsbürger in Reinform. Er munterte zur Selbstbestimmung auf: «Wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. Überall müssen Autorität und Traditionen sich die Frage nach der Rechtfertigung gefallen lassen.» Zum Neujahrsempfang in der Villa Hammerschmidt lud Heinemann erstmals auch Behinderte und Gastarbeiter ein, die sich unter das diplomatische Korps mischten. Nach dem Massaker an israelischen Sportlern, das die Freude an den Olympischen Spielen in München beendete, erlebte die Weltöffentlichkeit einen Staatsmann, der mit den Tränen rang: «Fassungslos stehen wir vor einem wahrhaft ruchlosen Verbrechen.»

Sein Nachfolger Walter Scheel war von völlig anderem Naturell. Der Rheinländer, der als Außenminister die Entspannung mit dem Osten befördert hatte, stand nicht zuletzt für Lebenslust und schmetterte im Fernsehen das Lied «Hoch auf dem gelben Wagen». Er war mein postmoderner Präsident. Scheel vermittelte das Gefühl, in einem gesegneten Land zu leben. Es wirkte erfrischend, dass ein Staatsoberhaupt zum bestgekleideten Mann des Jahres gewählt und seine Gattin, die Ärztin Mildred Scheel, zweimal zur beliebtesten Frau Deutschlands gekürt wurde. Das Ehepaar bezog mit eigenen Kindern und einem adoptierten Jungen aus Bolivien die Amtsvilla und war ein Gegenentwurf zu Verbissenheit. Ich, die meisten liebten das unkonventionelle Team. – Dies war eine Zuneigung, die seinem Nachfolger Karl Carstens nicht gleichmaßen zuteil wurde. Carstens hatte das Manko, steif und äußerlich wie ein Herrenreiter zu wirken. Er durchwanderte, oft mit einem Rentnertross hinter sich, Deutschland, um «die Heimat»

zu erkunden. Das mochte gesund sein, aber wirkte doch spießig. Dennoch gilt auch für Carstens: Alle Präsidenten bemühten sich spürbar, und durch ihr Amt vorbildlich, um ein ziviles Miteinander der Deutschen und der Deutschen mit der Welt. Während der Studentenunruhen zuerst oft ausgebuht, besuchte Karl Carstens gleichwohl häufig Universitäten und Schulen: «Ich möchte allen Jugendlichen empfehlen: Setzen Sie sich ein für unseren Staat. Er ist der freieste in der deutschen Geschichte und einer der freiesten Staaten in der gegenwärtigen Welt.»

Sind die Bundespräsidenten tragische Gestalten, da sie zwar anregen, aber nicht regieren können? Ihre diffuse Bedeutung liegt im Wort. Im Wort verbinden sich Schwäche und Kraft des Amtes. Der Präsident scheint über den Aktualitäten des politischen Alltags zu schweben. Doch gerade auf solcher Distanz beruht seine Funktion. *Denkt nach, dann handelt*, könnte als Divise über dem Eingang von Schloss Bellevue stehen.

Das Amt gilt als neuartig in der deutschen Geschichte. Das ist es jedoch nicht vollständig. Und wahrscheinlich wissen unsere Präsidenten selbst nicht, was der Historiker Wolfgang Burgdorf unlängst nachwies. Der Amtseid des Präsidenten und jedes deutschen Beamten «... So wahr mir Gott helfe» ist tief in frühen demokratischen Regungen unserer Vergangenheit verankert. Seit 1619 nämlich wurden deutsche Amtsträger nicht auf einen Herrscher vereidigt, sondern neutral auf Rechtsnormen, also auf eine Verfassung. Das sollte autokratischer Willkür vorbeugen und existierte sonst fast nirgendwo auf der Welt.

So war es auch bei Richard von Weizsäcker, der 1984 den Eid schwor. Jedem war sofort klar: A star is born! *Hauptling Silberzunge*, ein Gentleman, zudem noch mit Adelsprädikat, faszinierte durch seine bedachte Eloquenz, sein Auftreten, so als leihe ein hoher Geist jedem Anliegen sein Ohr. Weizsäcker war Fürst ohne Krone, und man hätte ihn gerne bei jedem Ereignis vorgeschickt, um die Botschaft zu vermitteln: So edel und human ist Deutschland. Er hätte auch als Präsident Europas oder der Welt fungieren können, ohne je ins Straucheln

Abschnitt V: Der Bundespräsident

zu geraten. Mit seiner Rede am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag sprach er das erlösende Wort aus, dass die Kapitulation Nazideutschlands und der Sieg der Alliierten ein Tag der «Befreiung» gewesen war. Nichts war gut am Nazireich gewesen. Weizsäcker untermauerte den Befund. Ich nahm ihm anfangs übel, dass er vehement für Berlin als deutschem Regierungssitz plädierte und damit das dezente Bonn in die Geschichte entließ. Aber seine Argumente, Berlin würde ohne die Funktion als Hauptstadt zu einem riesigen Slum werden und ostdeutsche Neubundesbürger, die auf Berlin ausgerichtet gelebt hatten, würden sich brüskiert fühlen, überzeugten mich schließlich.

Wehmütig nahm ich den Umzug von der Villa Hammerschmidt ins Schloss an der Spree wahr.

Hier sann alsbald Roman Herzog darüber nach, dass dringend «ein Ruck durch Deutschland gehen» müsse, damit Staat und Gesellschaft nicht in Trägheit und Anspruchsdenken versinken würden. Und jener kulturelle Abend fand statt, den ich mir völlig anders vorgestellt hatte.

An die Präsidentschaft Horst Köhlers, 2004 bis 2010, entsinne ich mich kaum. Aber man harrt nicht durchwegs auf Verlautbarungen der Präsidenten, und der Finanzexperte schien mir ein wenig an den Herzen vorbeizusprechen. Seine Gattin Eva Luise hat sich durch ihre aparte Erscheinung und ihre Eleganz eingepreßt. Auf Köhler und seine Außenwirkung treffen vielleicht Verse aus einem Lied von Rainald Grebe zu: *Ich bin der Präsident/Guten Tag, ich grüße sie/Ich bin der Präsident!... Ich wünsche euch ein frohes Weihnachtsfest/Und ein gutes neues Jahr ...* Doch auch zu seiner Zeit trafen täglich ungefähr fünftausend Zuschriften von Bürgern in Bellevue ein, die allesamt beantwortet oder bisweilen an den Petitionsausschuss des Bundestags weitergeleitet werden. Das präsidiale Tagespensum, Freund aller Bürger zu sein, ist herausfordernd. Köhlers Rücktritt wegen einer ungeschickten Äußerung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der nachfolgenden Kritik an ihm wirkt leider noch immer wie Fahnenflucht.

Mit fliegenden Fahnen hingegen kam Joachim Gauck, der erste Ostdeutsche im Amt, ein Aktivist gegen Unterdrückung und partei-

loser Theologe mit Witz, nicht geschieden und mit der Journalistin Daniela Schadt als Lebensgefährtin an seiner Seite. In seinen Jahren knetete Gauck in gefühlsstarken Reden Deutschland, auf dass dessen Osten und Westen zu einem schönen Ganzen würden. Wie seine Amtskollegen war er zur Stelle, wenn Überschwemmungen und Berg-rutsche Leben bedrohten. Bundespräsidenten verleihen Orden und sie stiefeln durch den Matsch. Das saloppe Statement seines Vorgängers Christian Wulff: «... der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland» präzierte Joachim Gauck geistreich zu: «Ich hätte einfach gesagt, die Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland.» – Dass das Fundament Deutschlands und Europas oft heidnisch, nämlich griechisch-römisch ist – von der Demokratie bis zum Weinbau –, haben Präsidenten leider eher selten herausgestellt.

Es wäre ein grausames Geschenk, jemandem eine Sammlung sämtlicher Reden der Bundespräsidenten zu überreichen. Summieren sie sich mittlerweile auf 40 000 oder 140 000? Beim konsequenten Lesen würde man erdrückt von versöhnlichen Tönen, Ermahnungen und Aufmunterungen, von festlichen Gedanken zur Inbetriebnahme von Windparks. Allerdings würde man in den Ansprachen kein einziges beleidigendes oder hetzerisches Wort entdecken. Das ist viel wert. Die Reden leben vom Moment und von der Ausstrahlung des Amtsträgers. Vielleicht klingt es nur im Nachhinein abstrakt, wenn Johannes Rau zu bedenken gab: «Die Zukunft kommt nicht einfach auf uns zu. Wir müssen sie nach unseren eigenen Vorstellungen gestalten. Wir wollen schließlich, dass wir auch in Zukunft friedlich und in Freiheit miteinander leben können.»

Im Jahr 2004 war die Rede präsidiale Tat, die begründet bleibt.

Sämtliche Ansprachen sind in jedem Fall eine Sprachschule. Bisher zwölf Staatsoberhäupter und ihre Redenschreiber äußerten sich in verständlichem und zumeist makellosem Deutsch. Auch dadurch rieselten Bildung und angemessener Ton über das Land.

Hochachtung verdient Frank-Walter Steinmeier, der vor Jahren vorbildlich und mittels einer nicht gefahrlosen Operation eine Niere sei-

Abschnitt V: Der Bundespräsident

ner erkrankten Frau spendete. Der derzeitige Präsident formuliert bisweilen sehr bedeutungsschwer. Doch Amt und Bürde sind verwoben.

Nach all den Herren ist es gewiss höchste Zeit für eine Dame, die mit ihrem Gatten, dem *First Man*, oder ihrer Lebensgefährtin, der *Second Lady*, oder auch solo, wenn sie mag, zum Bürgerfest einlädt. Auch sie müsste zu Fragen der Zeit Stellung nehmen, hätte immer Hoffnung zu verbreiten und sich den Bedrängten zu widmen. Und auch eine Bundespräsidentin könnte sich an eine Bemerkung ihres Vorgängers Walter Scheel erinnern: «Wie fröhlich darf ein Bundespräsident sein? Er kann getrost fröhlich mit den Fröhlichen sein, wenn er auch mitträgt an den Sorgen und Nöten, die Einzelnen und der Gemeinschaft zu tragen aufgegeben sind.»

Glückauf, Republik!

Artikel 88 – Bundesbank

Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank. Ihre Aufgaben und Befugnisse können im Rahmen der Europäischen Union der Europäischen Zentralbank übertragen werden, die unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet.

Philipp Felsch

Mythos und Trauma

Manchen Psychoanalytikern zufolge besteht der therapeutische Prozess darin, ein Trauma in einen Mythos, in eine suggestive Erzählung zu verwandeln, die aus der verstörenden Erfahrung eine neue, handlungsleitende Perspektive gewinnt. Man sollte nicht meinen, dass im Grundgesetz solche irrationalen Größen eine Rolle spielen, doch gerade dort, wo es – zumindest auf den ersten Anschein – besonders technisch wird, in dem die Bundesbank betreffenden Artikel 88, gehen Trauma und Mythos eine historische Synthese ein. Das Wort vom «Mythos» fehlt heute selten, wenn von der Bundesbank die Rede ist. Aus dem Scheinwerferlicht spektakulärer Leitzinsentscheidungen in eine mehr oder weniger obskure Hintergrundrolle gedrängt lädt die Behörde, die immer noch mehr Mitarbeiter als die Europäische Zentralbank beschäftigt, natürlich zur symbolischen Besetzung ein. Die Besetzung reicht in ihrem Fall aber weiter zurück. «Nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle an die Bundesbank», stellte der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors schon

Artikel 88 – Bundesbank

1992 fest. Als Monument der westdeutschen Erfolgsgeschichte und Synonym für eiserne geldpolitische Disziplin war die Bank schon zu Zeiten voller operativer Wirksamkeit ins Numinose entrückt.

Zur ihrer Aura hat zweifellos die Tatsache beigetragen, dass sie Verfassungsrang besitzt. Sieht man vom speziellen Fall der Europäischen Zentralbank ab, deren Modus Operandi vom Maastricht-Vertrag geregelt wird, stellt das im internationalen Vergleich die Ausnahme dar – umso mehr, als sich das Grundgesetz nicht darauf beschränkt, die Existenz einer Zentralbank für Deutschland zu dekretieren, sondern obendrein ihre Unabhängigkeit und ihren Auftrag, für «Preisstabilität» zu sorgen, festlegt. Das ist bei keiner der führenden Zentralbanken der Fall. Vergleichbare Regelungen finden sich nur in den Verfassungen von Mexiko, Russland, Schweden und Südafrika. Und auch ins Grundgesetz sind die Prinzipien der Autonomie und der Austerität erst über Umwege gelangt.

In der Originalversion von 1949 heißt es lediglich lapidar: «Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.» Eine Zentralbank gehörte damals zur Grundausrüstung eines souveränen Staates. Ob das zu errichtende Institut jedoch politisch weisungsgebunden oder unabhängig, ob es der Preisstabilität oder anderen geldpolitischen Zielsetzungen verpflichtet sein sollte – das ließen die Verfassungsväter offen. Dass die Deutschen während der Weimarer Republik und nach dem Zusammenbruch von 1945 jeweils eine massive Geldentwertung erlebt hatten und dass dazwischen ein totalitäres Regime an die Macht gekommen war, stellte niemand in Frage. Entgegen retrospektiver Darstellungen herrschte über die Moral aus dieser Geschichte aber noch keine Einigkeit. Immerhin war die Deutsche Reichsbank in den Jahren der Hyperinflation unabhängig gewesen, und immerhin hatte sie später, während der Weltwirtschaftskrise, mit ihrer straffen Geldpolitik zur Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit und damit zum Aufstieg der Nationalsozialisten beigetragen, denen sie unter ihrem Präsidenten Hjalmar Schacht bis in die zweite Hälfte der 1930er Jahre ihre bereitwillige Unterstützung lieh.

Die bis heute gängige Erzählung vom Inflationstrauma und von der Notwendigkeit einer unabhängigen, deflationär agierenden Zentralbank gewann erst in den Deutungskämpfen, die dem Bundesbankgesetz von 1957 vorausgingen, die Oberhand. Da die Alliierten de facto bereits eine Zentralbank installiert hatten, stieß der im Grundgesetz formulierte Auftrag auf ein komplexes machtpolitisches Feld: Einer um Arrondierung ihrer Souveränität bemühten Bundesregierung stand die 1948 gegründete Bank deutscher Länder gegenüber, die gegen den Verlust ihrer geldpolitischen Unabhängigkeit focht. Beide Parteien – und ihre diversen Verbündeten – führten die Lehren der Geschichte ins Feld, doch im Klima des Wirtschaftswunders erwies sich die Darstellung der Bank als die plausiblere Version. In ihrer Öffentlichkeitspolitik schnurrte die wechselvolle Wirtschaftsgeschichte der Zwischenkriegszeit auf das «Trauma» der Hyperinflation und die durchwachsene Bilanz ihrer Vorgängerinstitution auf das heroische Reichsbankmemorandum von 1939 zusammen, mit dem Schacht und Konsorten Hitler schließlich die Gefolgschaft gekündigt hatten. Mit anderen Worten: Das Idealbild eines starken, den Fluktuationen demokratischer Willensbildung entzogenen Bollwerks gegen die populistische – gar totalitäre – Versuchung der Geldvermehrung ist selbst das Resultat einer öffentlichen Debatte, deren populistische Untertöne unüberhörbar sind.

So wie die Prosperitätsphase der «Trente Glorieuses» diesem Idealbild innere Legitimität verschaffte, verlieh ihm deren Ende internationale Strahlungskraft. Während die «Stagflation» den keynesianischen Planungsoptimismus entzauberte und die Entkopplung des Dollars vom Goldstandard die Wechselkurse ausschlagen ließ, wurde das deutsche Inflationstrauma zur globalen Diagnose und die deutsche Zentralbank zum globalen Paradigma einer neuen Ära der Geldpolitik. Der damalige Vizepräsident der Bundesbank Karl Otto Pöhl hat an einen folgenreichen Besuch des Chefs der Federal Reserve Paul Volcker im Jahr 1979 erinnert. Nach seiner Rückkehr aus Deutschland entschied sich Volcker zur Schocktherapie astronomischer Leitzinserhöhungen, die – um den Preis jener Deindustrialisierung, deren Folgen wir bis

Artikel 88 – Bundesbank

heute im amerikanischen Rust Belt beobachten können – die Inflation in den frühen 1980er Jahren in die Knie zwang.

Das Grundgesetz wurde von all dem nicht berührt. Das war erst nach der Wiedervereinigung, im Zuge der Verhandlungen um die europäische Währungsunion, der Fall. Die deutsche Seite machte ihren Beitritt von der Zusage abhängig, den Operationsmodus der Bundesbank auf europäischer Ebene zu implementieren. Das Kleingedruckte des Maastricht-Vertrags, das die Europäische Zentralbank betrifft, wurde unter deutscher Federführung ausgearbeitet. Dem bereits zitierten Karl Otto Pöhl zufolge gelang es dabei, die Grundsätze der Unabhängigkeit und der Preisstabilität «noch klarer» als im Bundesbankgesetz zu formulieren. Trotz allem verlangte der Europa-Sonderausschuss des Bundestages nach weiterreichenden rechtlichen Garantien. Mit der Novellierung des Artikels 88 erlangten der Status und der Auftrag der EZB 1992 Verfassungsrang. Die Aufgaben der Bundesbank, heißt es seitdem, «können im Rahmen der Europäischen Union der Europäischen Zentralbank übertragen werden, die unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet». Mit der Einführung des Euro, zunächst als elektronisches Buchgeld, im Januar 1999 wurde aus diesem Potentialis monetäre Wirklichkeit.

Als zunehmend wirklichkeitsfremd erweist sich dagegen die alte Frankfurter Schule der Geldpolitik. Die preußische Pickelhaube, die Mario Draghi im März 2012, auf dem Höhepunkt der Eurokrise, von zwei Bild-Journalisten überreicht bekam, sollte den frisch gekürten EZB-Präsidenten an das Vermächtnis deutscher Haushaltsdisziplin erinnern. Mit seinem historischen «whatever it takes», der Ankündigung, den Euro um jeden Preis zu retten, warf Draghi diese Mahnung wenig später über Bord. Nach dem Vorbild der amerikanischen FED stellt die EZB mit ihren Anleiheprogrammen seither gigantische Mengen an Liquidität zur Verfügung, auf deren Basis nicht nur die Staatsverschuldung, sondern auch die Kreditpyramide des privaten Finanzkapitalismus wächst. Ist das noch Geld- oder schon staatliche

Haushaltspolitik? Handelt die Bank im Dienst politischer Interessen? Setzt sie nicht in präzedenzloser Weise die Preisstabilität aufs Spiel?

Zur Kollision kam es im Mai 2020, zu Beginn der Pandemie, als das Bundesverfassungsgericht die EZB der Kompetenzüberschreitung für schuldig befand, während die Bundesregierung in Verhandlungen über einen gesamteuropäischen Corona-Hilfsfonds stand. Ohne größere Kollateralschäden konnte das Dilemma bis auf weiteres beigelegt werden. Doch hat der Vorfall eines auf erschreckende Weise deutlich gemacht: Wenn es sich bei der Bundesbank und ihrem geldpolitischen Vermächtnis um einen Mythos handelt, dann deshalb, weil sie die Realität der neuen Schuldenökonomie verkennen. Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Zentralbanken zu politischen Akteuren sui generis gemacht: Sie müssen ihre Bilanzen laufend verlängern, um das globale Finanzsystem zu stabilisieren. So wenig kalkulierbar die Folgen dieser Politik erscheinen, so wenig ist ihr Ende abzusehen. Sich auf ein hundert Jahre altes Trauma zu berufen, wird daran nichts ändern.

Literatur

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Hg.), *Issues in the Governance of Central Banks*, Basel 2009 (<https://www.bis.org/publ/othp04.pdf>).

Simon Mee, *Central Bank Independence and the Legacy of the German Past*, Cambridge 2019.

Karl Otto Pöhl, Ein Mythos mit Verfassungsrang. Die Bundesbank wird fünfzig, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 29. 7. 2007.

Adam Tooze, The Death of the Central Bank Myth, in: *Foreign Policy*, 13. 5. 2020 (<https://foreignpolicy.com/2020/05/13/european-central-bank-myth-monetary-policy-german-court-ruling/>).

Joscha Wullweber, *Zentralbankkapitalismus. Transformationen des globalen Finanzsystems in Krisenzeiten*, Frankfurt a. M. 2021.

Artikel 146 – Geltungsdauer des Grundgesetzes

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Peter Richter

23 > 146 oder: Krause verhandelt für uns einen Einigungsvertrag

Artikel 23 GG lautete bis zum 3. 10. 1989: «Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.»

Artikel 146 GG lautete: «Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.»

23 und 146 – zuerst waren die Zahlen da, dann das, was dahinter stand. Von Krause hingegen hatte noch keiner je gehört, als wir damals mit den Plakaten und Handzetteln losgezogen sind in den Wochen vor der Volkskammerwahl vom März 90, obwohl wir angeblich noch zu jung waren, um daran teilzunehmen, und bei der wesentlich auch über das Grundgesetz abgestimmt wurde, obwohl das bei uns noch gar nicht galt.

Den Namen Krause haben wir dann dafür im Nachgang und Ergebnis dieser Wahl umso häufiger gehört, weil so also der Mann hieß, der bei uns den Einigungsvertrag mit der BRD aushandelte, die drüben allerdings konsequent Bundesrepublik Deutschland genannt wurde oder «die Bundesrepublik», oft auch einfach nur «Deutschland», so als wäre es das einzige auf der Welt. Das «Handbuch zur deutschen Einheit» von der Bundeszentrale für politische Bildung hat uns das Jahre später mit «emotionaler Integrationskraft» und «Kontinuität» zu erklären versucht. Die «Attributivkonstruktion *Deutsche Demokratische Republik*» hingegen sei erst später ins Leben getreten und habe sprachlich offen gelassen, «ob es sich um eine *eine* oder *die* deutsche Republik handelt».

Man sagte damals jedenfalls noch ganz selbstverständlich «drüben» und «bei uns». Und bei uns, in der Attributivkonstruktion, kam kaum jemand auf die Idee, das Land mit vollem Namen anzureden. Erich Honecker hatte es in seinen Ansprachen als Staatsratsvorsitzender immer wieder mal versucht, aber das war selten gutgegangen. Wenn er die DDR eine Deutsche Demokratische Republik nennen wollte, kam oft nur eine Deutsche Demokrat'sche Rep'lik dabei heraus, und was groß klingen sollte, machte die Sache noch kleiner, als sie ohnehin schon war. Das Buchstabenkürzel stellte sie für uns immerhin in einen Zusammenhang mit den großen Antagonisten der Zeit, mit der SU und den USA: Als kleine Stellvertreter standen sich eben die DDR und die BRD gegenüber, jedenfalls in unserem Sprachgebrauch. Aber der Sprachgebrauch drüben verhielt sich dazu nun einmal nicht anders als sich auch die jeweiligen Staatsgebiete und die Regierungschefs zueinander verhielten: «Die Bundesrepublik» stand schon als Begriff

Artikel 146 – Geltungsdauer des Grundgesetzes

so erdrückend neben der kleinen DDR wie Helmut Kohl neben Honecker, dann Modrow, schließlich de Maizière. Andererseits: Wer hätte neben Kohl nicht fragil gewirkt?

Daher waren es eben immer einerseits «die DDR» und andererseits «die Bundesrep ...», die einem als Sprachfetzen entgegenkamen, wenn man damals, im Frühjahr und Sommer 90, zur Nachrichtenzeit am Radio drehte. Und so, wie man dabei sonst in Bruchteilen von Sekunden schon an der Klangfarbe erkennen kann, ob hier Klassik, Pop oder ein Schlager gespielt wird, genügten damals halb ausgesprochene Namen oder Zahlen, um Themen von gewisser Komplexität aufzurufen: «Kohl» und «Thatch ...», «Bush» und «Gorbatsch ...»: Bei «2+4» dachten wir nicht an Mathe, sondern an Verhandlungen mit den Siegermächten, und bei «2:1» an den Umtauschkurs vom Westgeld. Wann immer damals nun die Zahl 23 erwähnt wurde, dachten wir deshalb manchmal als Gegenstück die Zahl 146 dazu.

Denn noch verstanden wir vielleicht nicht im Detail, was das alles mit uns und unserem Leben in Zukunft zu tun haben würde, aber spüren und ahnen konnten wir das schon. Und noch hatten wir zwar noch nichts von Boris Groys gehört und noch weniger von seiner Theorie, wonach der Unterschied zwischen den beiden Welten ungefähr dem zwischen den Wörtern und den Zahlen entspreche, denn Sozialismus = Primat der Politik, während Kapitalismus = Primat der Ökonomie. Aber wir hatten schon mitbekommen, dass bei uns, wo die beiden Welten nun einmal zusammenstießen, hinter Zahlen und Kürzeln ganze Gebirge an Buchstaben und Bedeutung liegen konnten. Wir kannten das Prinzip ja aus dem Kirchengesangsbuch oder von den Konfirmationssprüchen (2. Kor. 3,17 war zum Beispiel recht populär unter Jugendlichen mit devianten Frisuren). Ein Freund hatte den Vorschlag, zum Ersten Mai auch einfach nur die Nummern durch die Straßen zu tragen, hinter denen im «Neuen Deutschland» und der «Jungen Welt» tags zuvor die offiziellen Losungen zum Kampftag der Arbeiterklasse abgedruckt waren. Aber dann war der Erste Mai 1989 auch schon der letzte seiner Art gewesen, denn kurz darauf hatte es am

7. Mai den Skandal der 98,85 Prozent gegeben, nämlich «Zustimmung zum Wahlvorschlag», und das war zwar nach offizieller Zählart das schlechteste Ergebnis aller Zeiten bei einer Kommunalwahl in der DDR, wo man mindestens 99 Prozent gewohnt war. Aber diesmal hatten außerdem auch wir noch da gestanden, neben bärtigen Bürgerrechtlern, und hatten zuschauen wollen beim Auszählen und waren dabei auf noch deutlich geringere Werte gekommen. Dann waren den Sommer über auch die Zahlen derer, die überhaupt noch im Land bleiben wollten, immer kleiner geworden. Im Herbst waren dafür die Mengen auf den Demonstrationen angewachsen. Und dann hatten wir auch schon den 9. 11., das Datum an dem die Deutschen, wie Peter Sloterdijk Jahre später feststellen sollte, regelmäßig ein Rendezvous mit ihrer Geschichte haben, und der 9. 11. zog den 18. 3. nach sich: «freie Wahlen», weil das ja schon die Hauptforderung vom «17. 6.» gewesen war, also von «Dreiundfünfzig», und weil der 18. 3. auch für «1848» stand, als schon einmal eine bürgerliche Revolution versucht worden war. Und aus dem 18. 3. sollte sich schließlich der 3. 10. ergeben, mit allem, wofür der wiederum steht ...

Auch wenn man nicht direkt an Zahlenmystik glaubt, war einem nach alledem trotzdem einigermaßen bewusst, dass diese Zeiten wahrscheinlich zu denen gehörten, die man später historisch nennen würde. Und wenn man deswegen einfach einmal alles aufgehoben hat, was einem in die Hände fiel in jenen Tagen, dann hat man heute noch eine Kiste, in der die Plakate und Handzettel liegen, mit denen wir damals, vor dieser ersten und letzten freien DDR-Wahl vom 18. 3. 1990, durch die Stadt gezogen sind, um sie über die Plakate und Handzettel der anderen zu kleben.

Für uns waren das damals «die Rechten», wobei der Begriff weit gefasst war. Aber die Aufkleber der Deutschen Volksunion waren damals auch wirklich nur schwer von den Aufklebern der Christlich Demokratischen Union zu unterscheiden: immer Schwarzrotgold, und immer kursiv. Es sah aus, als hätten sie den gleichen Grafiker und als hätte dieser Grafiker beiden weisgemacht, dass etwa Deutschland-

Artikel 146 – Geltungsdauer des Grundgesetzes

fahnen irgendwie *dynamischer*, womöglich gar *frischer* wirken, wenn man sie schräg ins Bild setzt. Auf dem schrägen schwarzrotgoldenen Aufkleber mit dem Slogan «Wir sind **ein** Volk», von dem ich immer geglaubt hatte, wir hätten ihn mit vorgehaltenem Messer irgendeinem Skinhead abgenommen, steht also in Wirklichkeit klein «Bundesgeschäftsstelle der CDU, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 1000 Bonn 1». Und auf einem Aufkleber der nur schräges Schwarzrotgold zeigt, steht ganz klein am Rand der rührende Hinweis, wo «oben» ist.

Das, was wir in den Taschen hatten, war aber kaum origineller: «Lasst Euch nicht verKOHLen», «Keine KOHLonie in der DDR» und was sich sonst noch alles mit dem Namen des Bundeskanzlers veranstalten ließ. Angeblich kam das Material aus der Druckerei der taz in West-Berlin. Es wurde viel vor «Großdeutschland» gewarnt damals. Andere wieder forderten ein «Deutschland in den Grenzen von 1237», weil es schließlich genug Leute gab, die ernsthaft die «von 1937» wieder für diskutabel hielten – und wenn wir schon heimkehren sollten in irgendein Reichsgebiet, dann lieber in das der Staufer, denn Sizilien schien uns attraktiver als, sagen wir, Salzgitter. Das war Hausbesetzerhumor, hilflos und unlustig. Aber auch bei den sogenannten Erwachsenen in der sogenannten Mitte ging es am Ende bei alldem immer um die sogenannte Wiedervereinigung, sei es als Hoffnung oder als Gespenst. Denn auch da gab es die, denen sie nicht schnell genug gehen konnte, und es gab die, die fanden, das wir vorläufig vielleicht mehr mit den Tschechen, Polen und Ungarn gemein hätten als mit denen da drüben. Vielleicht standen diese beiden Parteien sich nur in meiner Erinnerung damals mit Schildern gegenüber, auf denen lediglich «23» beziehungsweise «146» stand. Sicher weiß ich nur, dass fast alle Diskussionen und Brüllereien in jenem Wahlkampf letztlich auf diese beiden Zahlen heruntergebrochen werden konnten und wurden. Denn je bedeutender und folgenschwerer eine Sache für das Leben der Menschen, desto knapper und chiffrenhafter die Begriffe dafür im Alltagsgebrauch, schon aus praktischen Gründen: Offensichtlich gibt es ein Pathos des Knappen und Pragmatischen.

Und vielleicht trifft das am Ende auch auf Krause zu.

Denn auch der Mann mit dem unwahrscheinlich unscheinbaren Namen Günther Krause sollte in der Folgezeit von beträchtlicher Bedeutung sein und ein noch beträchtlicheres Bewusstsein seiner Bedeutung an den Tag legen. Er verkörperte so gesehen am Ende der DDR deren Essenz auf zwei Beinen. Und mit denen trat er ins Rampenlicht, nachdem die Ostdeutschen bei ihren ersten freien Wahlen nicht zuletzt über das Grundgesetz der Westdeutschen abgestimmt hatten. Denn mit ihrem Votum für oder gegen einen bestimmten Parteienblock entschieden sie auch darüber, ob und wie schnell und auf welche Weise ihr Staat verschwinden würde. Artikel 23 und Artikel 146 wirkten widersprüchlich. Manche Kommentatoren sprachen vornehmer von «konkurrierend». Die meiste Zeit über musste sich darüber aber auch niemand weiter Gedanken machen.

Aber Anfang 1990 kam auf einmal die Frage auf, ob Vereinigung durch Vereinigung oder Vereinigung durch Beitritt. Für Artikel 146 plädierte in der Regel, wer es möglichst langsam und womöglich auch überhaupt nicht wollte: zwei Staaten, eine Kooperation, und dann mal sehen. Die Parteigänger von Artikel 23 waren da zielstrebig: die DDR soll BRD werden, denn «kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr» usw. – von den Vorzügen eines bundesdeutschen Reisepasses ganz zu schweigen.

Für die Brüder und Schwestern in der Regierungsverantwortung des Westens war es wiederum der einfachste Weg: Sie brauchten ihre erprobten Strukturen nur zu exportieren und mussten der eigenen Bevölkerung nicht mit der Zumutung kommen, dass sich auch bei ihr Wesentliches ändern würde. In den Worten von Wolfgang Schäuble, dem Bundesinnenminister aus Bonn: «Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Lasst uns von der Voraussetzung ausgehen, daß ihr vierzig Jahre lang von beidem ausgeschlossen wart. Jetzt habt ihr einen Anspruch auf Teilnahme, und wir nehmen darauf Rücksicht.» Denn so war der Ton damals, so war die Lage, und es ist ja bekannt, wie es ausging: Die «Allianz für Deutschland» aus

Artikel 146 – Geltungsdauer des Grundgesetzes

CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch gewann haushoch. Oskar Lafontaine, Chef von sowohl SPD als auch Team Artikel 146 trat beleidigt vor die Mikrofone, sein Genosse Otto Schily hielt wortlos eine Banane in die Kameras. Aber es half alles nichts: Am 12. April 1990 formierte sich die letzte Regierung der DDR mit dem zentralen Geschäftszweck, «die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der BRD (!) auf der Grundlage des Artikel 23 GG zügig und verantwortungsvoll» umzusetzen. Und ab dem Moment blickten die Ostdeutschen ständig diese unglaublich hell strahlenden Augen von Günther Krause aus dem Fernseher an, als wären es Reflektoren ihrer Sehnsüchte und Sorgen in tiefer, dunkler Nacht.

Krause war erst 36 damals, Diplomingenieur, promoviert und habilitiert, Fachmann für Rechentechnik in Bauwesen wie Seefahrt, seit 1975 in der Ost-CDU, ab Mitte April 90 plötzlich «Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR» – und in dieser Funktion schließlich am Verhandlungstisch mit Bonn. Auf der anderen Seite allerdings: Wolfgang Schäuble – und es gibt wenig Grund zu der Annahme, dass seine Ansagen dort wesentlich anders geklungen haben dürften als die hier oben.

Vielleicht war das am Ende tatsächlich das Praktikabelste unter den Umständen. Vielleicht ahnte Schäuble, dass viele seiner Landsleute schon bald die Mauer am liebsten auf eigene Rechnung wieder hochziehen würden, denn gemessen am Unmut über die Veränderungen, die der Beitritt dann eben doch auch im Westen mit sich gebracht hat, möchte man sich das Gejammer dort über eine Vereinigung nach Artikel 146 heute lieber gar nicht erst ausmalen. Zumal dieses Thema inzwischen größtenteils in die Hände und Chatforen von Leuten geraten ist, die einem auch Personalausweise des Deutschen Reichs ausstellen wollen, weil das Grundgesetz keine Verfassung sei, die Bundesrepublik daher kein Staat und dergleichen.

Die Verfassungsfragen, die sich damals beim Aushandeln des Einigungsvertrags stellten, betrafen eindeutig eher die Verfassung, in der sich die DDR wirtschaftlich befand, und die ließ offensichtlich wenig

Verhandlungsspielräume – selbst wenn Günther Krause Scheinwerferaugen uns jedes Mal sehr zuversichtlich aus dem Fernseher anstrahlten, jedes Mal aber auch ein bisschen flackernder. Wir bekamen eine Flagge, von der wir nun wussten, wo «oben» war, eine Hymne, die am Ende doch nicht um einen Text von Brecht ergänzt wurde (denn das fand Kohl nicht gut), und als Hoheitszeichen einen Raubvogel, der auf den offiziellen Wappen so tat, als sei er ein harmloses Huhn, das Muskeln anspannt, die es gar nicht hat. Die andere Seite bekam dafür den Grünen Pfeil, den Fernsehliebling Carmen Nebel und endlich einmal eine Minderheit, die guten Gewissens mit Ressentiments bedacht werden darf. Außerdem natürlich unsere Schulden, Fabriken und oft allerdings auch Häuser. Denn beim Einigungsvertrag war es nun andersrum als bei all den Daten, Chiffren und Grundgesetz-Artikel-Nummern, hier verbarg sich hinter dem Text ein erdrückendes Gebirge von Zahlen und Werten, da ging es auch um Vermögen im Sinne von Mitteln und also auch im Sinne von Macht. Und am Ende, wenigstens das musste die alten Hasen des dialektischen Materialismus wirklich mit grimmiger Freude erfüllt haben, am Ende hat dieser Einigungsvertrag sogar das hinbekommen, was sie in der DDR so lange vergeblich gewollt und versucht haben: dass überhaupt erst ein Wir aus den vielen Ichs wurde, die sich vorher nicht einmal das Du angeboten hätten, weil sie im Traum nicht auf die Idee gekommen wären, irgend etwas gemein zu haben. Und das schließt sogar jemanden wie Krause mit ein.

Denn auch in den Jahren danach leuchteten uns immer mal wieder seine aufgeblendeten Scheinwerferaugen aufmunternd aus den Nachrichten entgegen, als wollten sie den Weg weisen, wie einer von uns *ankommen* könne in dieser größer gewordenen Bundesrepublik, wenn er es nur genug wollte. Denn von der Notwendigkeit, *anzukommen* in den neuen Verhältnissen, war von nun an ja wirklich dauernd die Rede. Sie strahlten uns aus Bonn an, diese Augen, wo Krause unter Kohl Verkehrsminister wurde und sich ausnahm wie auf der Überholspur, bis er nach einer Weile rechts rausgewinkt wurde. Sie strahlten

Artikel 146 – Geltungsdauer des Grundgesetzes

aus dem Fernseher, während die Schlagzeilen dazu nacheinander «Raststätten-Affäre», «Autobahn-Affäre», «Umzugs-Affäre» und schließlich «Putzfrauen-Affäre» lauteten. Ihr Anblick begleitete danach Berichte über Krauses Neuanfang als Unternehmer für Heizkörperablesegeräte und seine erfolglose Kandidatur zum Oberbürgermeister von Rostock. Sie illuminierten regelmäßig Bilder von Eigenheimen in Mecklenburg-Vorpommern, die Krause, der sich inzwischen als privater Bauunternehmer versuchte, oft nur halb fertig an die Kundschaft gebracht hatte oder die eigentlich seiner Ehefrau gehörten, von ihm aber als Sicherheit eingesetzt waren, weil die eigentlichen Fördermittel inzwischen bei Anlagengeschäften in der Schweiz verschwunden waren, und die schließlich zwangsversteigert wurden, bei welcher Gelegenheit Krause, wie zu lesen war, auch die Frau verlor. Wo auch immer wir inzwischen selbst gelandet waren in der Welt und im Leben: Wenn wir in diesen 30 Jahren wissen wollten, was der Stand der Dinge bei Krause war, ließen die Nachrichten darüber nie lange auf sich warten. Auf den Bildern dazu wurde der Scheitel grauer und das Gesicht runder, aber der Blick blieb stechend. Wir erfuhren von neuen Eheschließungen, neuen Häusern, Insolvenzen, Verurteilungen, Haftstrafen, Revisionen, Aussetzungen der Haftstrafen zur Bewährung, neuen Versuchen als Unternehmer für «Neutrino-Voltaik», von einer «Villa mit Sauna» für eine halbe Million auf dem Land in Mecklenburg, von einer Vorbesitzerin, die ihr Geld nicht bekam, und von den Aktien jener Firma für «Neutrino-Voltaik», die ihr stattdessen angeboten wurden. Wir verstanden von Neutrino-Voltaik nur so viel, dass sich damit die Energieprobleme der Menschheit lösen lassen sollten, Krause erklärte es in dem Buch «Das ewige Licht – Beginn eines neuen Zeitalters». Wir verstanden aber auch, dass die Verkäuferin der Villa kleingläubig lieber einfach nur ihr Geld haben wollte. Und dass Krause das nicht hatte.

Beim letzten Mal, als wir ihn zu Gesicht bekamen, machte er sich gerade auf, um an der Fernsehshow «Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!» teilzunehmen, umgangssprachlich auch «Dschungelcamp», wo es um eine Siegprämie von 100 000 Euro geht. Krause musste aber

nach einem Tag schon wieder aufgeben, wegen gesundheitlicher Probleme. Sein Blick wirkte auf einmal wie erloschen. Aber vielleicht kam uns das nur so vor, weil wir inzwischen wirklich andere Sorgen hatten. Anfang 2020 war das, genau dreißig Jahre nach Artikel 23 GG vs. Artikel 146 GG.

Für Wolfgang Schäuble hatte damals gerade ein weiteres Jahr als Präsident des Bundestags begonnen.

